

# Frauen und Politik im Kanton Freiburg 1971 - 2018

## Evolution oder Stagnation?

Ständerat: 0 % – Nationalrat: 42,8 %  
Staatsrat: 14,3 % – Grosser Rat: 30 %  
Gemeinderäte: 25,2 % – Generalräte: 28,9 %



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Bureau de l'égalité hommes-femmes BEF**  
**Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann GFB**



#### Analyse und Redaktion

---

Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen GFB  
Tanja Bauer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin HS

#### Übersetzung

---

Simone Pieren, Übersetzung DSAS  
Andreas Schor, für die französische Version von *Frauen, Politik und Macht – ein historischer Rückblick*

#### Illustration Titelseite

---

Corina Vögele, Kriens

#### Grafik und Umsetzung

---

Patrick Magnin, Freiburg

#### Copyright

---

GFB 2018

#### Auskünfte

---

Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen GFB  
Postgasse 1  
1701 Freiburg  
T +41 26 305 23 86 – Fax 026 305 23 87  
Mail: [bef@fr.ch](mailto:bef@fr.ch)  
[www.fr.ch/gfb](http://www.fr.ch/gfb)  
[www.facebook.com/BEF.Fribourg](https://www.facebook.com/BEF.Fribourg)

#### Auflage

---

300 Exemplare. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Die Publikation ist auch auf Französisch erhältlich.

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>Frauen, Politik und Macht: Ein historischer Rückblick von Fabienne Amlinger</b>	<b>6</b>
<b>Von einer öffentlichen Debatte über die Frauen zu einer Debatte über die politischen Parteien - der öffentliche Diskurs während den Wahlen</b>	<b>10</b>
<b>Politische Vertretung der Frauen im Kanton Freiburg</b>	<b>12</b>
<b>Eidgenössische Ebene</b>	<b>12</b>
- Ständerat	13
- Nationalrat	15
<b>Gemeindeebene</b>	<b>18</b>
- Der Broyebezirk und sein Hauptort Estavayer-le-Lac	20
- Der Glanebezirk und sein Hauptort Romont	22
- Der Greyerzbezirk und sein Hauptort Bulle	24
- Der Saanebezirk und sein Hauptort Freiburg	26
- Der Seebezirk und sein Hauptort Murten	28
- Der Sensebezirk und sein Hauptort Tafers	30
- Der Vivisbachbezirk und sein Hauptort Châtel-Saint-Denis	32
<b>Kantonale Ebene</b>	<b>34</b>
- Staatsrat	37
- Grosser Rat	41
- Oberämter	45
<b>Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	<b>46</b>



© Keystone



Nach der Nicht-Wahl von Christiane Brunner in den Bundesrat am 3. März 1993 demonstrierten Zehntausende in Bern. Eine Woche später wurde Ruth Dreifuss an ihrer Stelle gewählt. Sie war zu dieser Zeit die einzige Frau im Bundesrat, und erst die 2. Frau, die seit der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts 1971 in diesem Gremium Einsitz nahm. Die erste Frau war Elisabeth Kopp, welche 1984 gewählt wurde.



# Einleitung

---

«(...) der Schwung, mit dem die Frauen vor allem in den Neunzigerjahren Einsitz in die politischen Institutionen nahmen, ist abgeflaut»<sup>1</sup>

So lautet die Schlussfolgerung einer statistischen Analyse der eidgenössischen und kantonalen Wahlen 2015 und 2016. Die Bemerkung erregt Aufmerksamkeit: Sind wir es uns nicht gewohnt, dass sich die Frauenvertretung in den politischen Institutionen verbessert – sicherlich langsam, aber dennoch stetig? Doch genau diese Entwicklung war niemals selbstverständlich, sondern dem Engagement und den Kämpfen vieler Frauen und Männer geschuldet, die sich seit Jahrzehnten in dieser Sache einsetzen. Nach der Verbesserung des Frauenanteils in den politischen Organen sind deren Bemühungen paradoxerweise langsam in Vergessenheit geraten.

Anfang der 1990er-Jahre wurden die Erwartungen und Forderungen zur Frauenvertretung in der Politik bei der Nichtwahl von Christiane Brunner während der Bundesratswahl spürbar.<sup>2</sup> Tausende demonstrierten in den Strassen, bis Ruth Dreifuss an Brunners Stelle gewählt wurde, fortan einzige Frau in der nationalen Exekutive. In der Folge erlebte die Schweizer Frauenbewegung neuen Auftrieb und viele Frauen wurden in kantonale und eidgenössische Instanzen gewählt. Dieses Phänomen war so ausgeprägt, dass es heute als «Brunner-Effekt»<sup>3</sup> bezeichnet wird.

Das Bewusstsein für die Untervertretung der Frauen hat der Gleichstellung in der Politik also einen nachhaltigen Schub verliehen. Dieser Schub verliert jedoch langsam an Kraft und zieht eine Stagnation und gar Abnahme der Frauenvertretung in den politischen Instanzen nach sich. Waren 2010 während einiger Monate vier Frauen im Bundesrat vertreten, sind es ab 2016 noch deren zwei.

## Evolution oder Stagnation?

Die vorliegende Publikation des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) beleuchtet die historische Entwicklung der politischen Vertretung von Freiburgerinnen in den eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Instanzen, einschliesslich der letzten Wahlen. Bei welchen Instanzen gab es eine Zunahme, wo eine Stagnation oder gar Abnahme des Frauenanteils?

Wie das Beispiel aus den 1990er-Jahren zeigt, bildet der historische Rahmen die Grundlage, um die aktuelle Situation zu verstehen. Das erste Kapitel widmet sich daher dem Weg der Frauen von der Einführung des Stimm- und Wahlrechts (allgemeines Wahlrecht) bis zum Zugang zu echter Macht in der Politik und damit wahrer Einflussnahme. Die darauffolgende Analyse behandelt die Gegenwart, mit Überlegungen zur medialen Berichterstattung zu Frauen und Gleichstellung in der Politik während den Wahlen 2015/2016.

Der Schritt zu einer besseren Vertretung der Frauen in der Politik erfolgt niemals von selbst, sondern verlangt den Einsatz und die Solidarität unterschiedlicher Protagonistinnen und Protagonisten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine gute und vor allen Dingen ergiebige Lektüre dieser Publikation.

**Geneviève Beaud Spang**  
Leiterin des GFB

<sup>1</sup> Werner Seitz: *Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2015: Der Schwung ist weg, veröffentlicht in Frauenfragen – Schwerpunkt: Medien – Geschlechterbilder – Politik*, Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, 2016.

<sup>2</sup> [de.wikipedia.org/wiki/Bundesratswahl\\_1993](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesratswahl_1993), (Stand: 22. November 2017).

<sup>3</sup> [de.wikipedia.org/wiki/Brunner-Effekt](https://de.wikipedia.org/wiki/Brunner-Effekt), (Stand: 22. November 2017).

## Frauen, Politik und Macht – ein historischer Rückblick

*In der Politik geht es um Macht. Doch Machtpositionen standen Frauen selbst durch die Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts 1971 nicht einfach offen, sondern waren bereits allesamt von Männern besetzt. War der Kampf um das Recht auf politische Mitbestimmung auch gewonnen, so fing jener um politischen Einfluss und Macht damals erst an.*

Fabienne Amlinger



Die im Herbst 1971 in den Nationalrat gewählten Frauen (inkl. einer später nachgerückten Kandidatin).  
*Hinten v. l. n. r.:* Elisabeth Blunschy-Steiner CVP SZ, Hedi Lang SP ZH, Hanny Thalman CVP SG, Helen Meyer CVP ZH, Lilian Uchtenhagen SP ZH, Josi Meier CVP LU, Hanna Sahlfeld SP SG. *Vorne v. l. n. r.:* Tilo Frey FDP NE, Gabrielle Nanchen SP VS, Liselotte Spreng FDP FR, Martha Ribl FDP ZH, Nelly Wicky AP GE.

© Keystone

Als sich zwei Drittel der männlichen Stimmbevölkerung im Februar 1971 für die Einführung des integralen Stimm- und Wahlrechts für Frauen aussprach, war ein gut hundertjähriger politischer Kampf endlich gewonnen. Bis den Schweizerinnen dieses fundamentale demokratische Recht auf politische Mitbestimmung gewährt wurde, waren nicht weniger als zwei Frauenbewegungen, Dutzende von kantonalen Urnengängen, zwei eidgenössische Abstimmungen, unerschrockene Stimmrechtsbefürworterinnen, ein eindrücklicher gesellschaftlicher Transformationsprozess in den 1960er-Jahre und nicht zuletzt das wachsende internationale Gespött über die undemokratische Eigenartigkeit der Schweiz nötig.

An jenem 7. Februar 1971 wurden rund zwei Millionen Schweizerinnen über Nacht politisch mündig. Ab diesem Zeitpunkt war es ihnen gestattet, auf Bundesebene zu wählen, abzustimmen und sich fürs Parlament zur Wahl zu stellen. Endlich war es ihnen nun also möglich, an der politischen Macht zu partizipieren – zumindest formal besaßen sie das Recht dazu. Wie Frauen unterschiedlicher politischer Couleur versucht haben, einen Teil der politischen Macht für sich zu beanspruchen, wird im Folgenden mit einem historischen Rückblick aufgezeigt.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Ausführlicher vgl. Amlinger, Fabienne: *Im Vorzimmer der Macht. Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP, 1971–1995*, Zürich 2017.

## Der Kampf beginnt erst jetzt

Noch im selben Jahr fanden auf eidgenössischer Ebene Wahlen statt. Erstmals waren auch Frauen daran beteiligt. Tatsächlich wurden im Herbst 1971 zehn Nationalrätinnen und mit der freisinnigen Lise Girardin die erste Ständerätin gewählt. Damit waren die Frauen mit einem Anteil von gerade mal 5 Prozent im National- und 2,2 Prozent im Ständerat vertreten.

Zwar waren viele Frauen zu diesem Zeitpunkt optimistisch, was ihren zukünftigen politischen Einfluss betraf. Die geschlechtsspezifischen Machtasymmetrien in der Politik blieben ihnen aber trotzdem nicht verborgen.

Im ersten Jahrzehnt mit politischer Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern – so berichten viele der frühen Politikerinnen – stiessen Frauen oftmals ohne grosse Probleme in politische Gremien vor. Politiker und Parteien hätten sich gerne mit den damals noch wenigen Frauen geschmückt und sie «als Garnitur» oder als Beweis für Gleichstellungsbemühungen präsentiert, so erinnern sich Zeitzeuginnen. Der Frauenfreundlichkeit waren aber rasch Grenzen gesetzt, sobald plötzlich «zu viele» Frauen auf eine Position aspirierten oder wenn es um einflussreiche Ämter ging. So weist etwa der Bundesrat als höchstes politisches Organ der Schweiz in seiner bald 170-jährigen Geschichte ein einziges Mal eine Frauenmehrheit auf – und zwar während wenigen Monaten. Die Zahlen zum Geschlechterverhältnis in der Landesregierung zeichnen ein deutliches Bild: Mit Elisabeth Kopp, Ruth Dreifuss, Ruth Metzler, Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf und Simonetta Sommaruga sassen seit 1848 gerade mal sieben Frauen im Bundesrat, nebst über hundert Männern.<sup>5</sup>

## Politische Regeln und Machtspiele

Durch ihren Eintritt in die Politik stiessen Frauen in ein Feld vor, das ursprünglich von Männern für Männer gestaltet worden ist. Das bedeutete, dass die Normen und Regeln in der Politik männlich geprägt waren.<sup>6</sup> Regeln gibt es im Feld der Politik zahlreiche. Darunter können die politischen Praktiken verstanden werden – also die Art und Weise, wie politisiert wird. Aber zum Beispiel auch sprachliche Konventionen, soziale Umgangsformen und ungeschriebene Kleidernormen fallen darunter.

Allgemein gesagt, widerspiegeln die Regeln die in der Politik dominante Kultur. Indem Frauen ab 1971 Zutritt ins Feld der institutionalisierten Politik erhielten, verstiesen sie kollektiv gegen eine der zentralen Regeln des politischen Feldes: nämlich gegen die Regel, dass dieses Feld bislang ausschliesslich durch männliches Personal besetzt war. Der Einschluss von Frauen stellte folglich einen eigentlichen Regelbruch dar.

Als Regelbrecherinnen standen die Frauen unmittelbar nach der Einführung des Frauenstimmrechts entsprechend unter Druck, ihre Teilhabe an der Politik zu legitimieren. Wie – so stellt sich unweigerlich die Frage – haben Frauen als neue Akteurinnen ihr Recht auf Mitgestaltung des politischen Geschehens artikuliert, wie um Einfluss und damit um Macht gekämpft?

Einfach wurde es ihnen nicht gemacht. Davon zeugte bereits das Verhalten eines Grossteils der männlichen Politiker und der Parteien bei Annahme des Frauenstimmrechts. Diese reagierten nämlich mit fehlendem Interesse auf die neuen Staatsbürgerinnen, womit bereits eines der Machtspiele zum Ausdruck kam: nämlich schlichtes Nichtbeachten von Frauen. Die neuen politischen Akteurinnen standen also vor der schwierigen Aufgabe, sich Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig hatten sie aber auch der Angst einiger Politiker zu begegnen, die nun bereits ihre Machtposition in Gefahr wähten.

## Sprechen über politische Macht für Frauen

Explizite Machtansprüche von Frauen waren unmittelbar nach der Annahme der politischen Gleichberechtigung noch kaum zu hören. Zu gross war einerseits ihre Dankbarkeit über das erhaltene Stimm- und Wahlrecht. Andererseits dominierte bei vielen der Glaube, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis Frauen gleichberechtigt am politischen Geschehen beteiligt sein würden.<sup>7</sup>

Interessant ist, dass sich das Sprechen über die politische Partizipation von Frauen je nach parteipolitischer Herkunft stark unterschied. Dies zeigt sich am Beispiel der CVP, der FDP und der SP, den damals einflussreichsten Parteien:

<sup>5</sup> Für den Zeitabschnitt bis Anfang der 1990er-Jahre vgl. Altermatt, Urs (Hg.): *Die Schweizer Bundesräte. Ein biografisches Lexikon*, Zürich 1991.

<sup>6</sup> Vgl. Bourdieu, Pierre: *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*, Konstanz 2001.

<sup>7</sup> Amlinger, Fabienne: *Den politischen «Rückstand» aufholen oder die Politik verändern? Frauen in der eidgenössischen Politik nach der Einführung des Frauenstimmrechts 1971*, in: Kreis, Georg (Hg.): *Das Basler Frauenstimmrecht. Zum 50 Jahre-Jubiläum von 1966*, Basel 2016, S. 203–222.

## CVP

Die Vertreterinnen der CVP betonten vor allem die Vorteile, die der Einschluss von Frauen der Politik ihres Erachtens mit sich bringe. Es würde nun «[m]ännliche Berechnung [...] gepaart werden mit sorgender fraulicher Liebe für Menschen, die die Hilfe Dritter benötigen»<sup>8</sup>, so beispielsweise die Präsidentin der christlich-demokratischen Frauenorganisation, Marie-Therese Larcher 1978. Die Christdemokratinnen argumentierten also mit der stereotypen Rolle der «fürsorglichen» und sich um das Wohl der anderen sorgenden Frauen. Zugleich betonten sie, dass Frauen künftig partnerschaftlich mit den Männern zusammen politisieren würden. Diese «Partnerschaftlichkeit» ist auch als Strategie zu lesen, um die politische Teilhabe von Frauen zu legitimieren. Denn damit unterstrichen die Christdemokratinnen, dass die Männer vom Einzug der Frauen in die Politik nichts zu befürchten hätten.

## SP

Anders als die bürgerlichen Frauen kritisierten Vertreterinnen der SP schon früh die politische Stellung der Frauen. So prangerten sie die vielfältigen Diskriminierungen von Frauen als Ausdruck einer patriarchalen Geschlechterordnung an und unterstrichen, dass ein Machtgewinn von Frauen eine Machteinbusse seitens der Männer bedinge. In einer Parteibroschüre von 1979 schrieben sie beispielsweise, dass «die Frauen in der Partei und in den Parlamenten natürlich nur besser vertreten sein können, wenn die Männer entsprechend Haare lassen, was einen Machtkampf zur Folge hat, dem wir nicht ausweichen können.»<sup>11</sup>

Im Unterschied zu den bürgerlichen Frauen nahmen die Sozialdemokratinnen ihre Parteigenossen in die Pflicht, wenn es um die Umverteilung der politischen Macht ging. Dass gleichstellungspolitische Erfolge aber nie gesichert sind, war den Sozialdemokratinnen dabei bewusst. Diese Überzeugung brachte eine SP-Vertreterin folgendermassen auf den Punkt: «Die Männer wechseln, Adam ist immer wieder neu und versteht gar nichts, jede Zeit hat ihre eigenen (roten) Patriarchen.»<sup>12</sup>

## FDP

Auch bei den Frauen aus der FDP dominierten Dankbarkeit über die erhaltenen politischen Rechte und der Wille, diesen «staatsbürgerlichen Pflichten» auch tatsächlich nachzukommen. So versprach die Präsidentin der FDP-Frauen, Marguerite Gasser-Paur: Frauen werden «bereit sein, mit den Männern zusammen den Garten oder das Feld, zu dem wir nun eingelassen werden, zu bearbeiten. Und wenn es neben dem notwendigen und nützlichen ‚Gemüse‘ auch einmal eine Blume zu pflegen gibt, werden wir uns darüber besonders freuen.»<sup>9</sup> Die neuen politischen Akteurinnen sollten demnach aktiv und an der Seite ihrer Kollegen in der Partei und Politik mitarbeiten und die ihnen zugeordneten Aufgaben übernehmen.

Allerdings sah es mit der Stellung der freisinnigen Frauen in den folgenden Jahren nicht sehr rosig aus, was sich nicht zuletzt am zahlenmässigen Rückgang von FDP-Vertreterinnen im eidgenössischen Parlament manifestierte. Dem begegneten diese nicht mit Kritik an ihren Parteikollegen, sondern mit dem Verweis auf die Selbstverantwortung der Frauen. So hätten die Frauen selber die entsprechenden Bedingungen für ihre Zielerreichung und für eine Gleichstellung mit den Männern zu schaffen. Entsprechend riefen Vertreterinnen der FDP zu «Frauensolidarität» auf, propagierten «Eigeninitiative» oder forderten «Sukkurs» durch andere Frauen und den Mut, sich als Frau zu exponieren.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Rede von Hanny Thalman anlässlich der Delegiertenversammlung in Glarus, 9. Januar 1971, S. 2ff.: 3, BAR J2.181 – 1998/143, Bd. 188, Dossier J2/1080.

<sup>9</sup> Gasser-Paur, Marguerite: *Frau und Partei nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts*, in: *Politische Rundschau*, 1/1971, S. 48ff.

<sup>10</sup> o. A.: *Strategien zur Frauenförderung*, in: *Der Freisinn*, April 1993, Nr. 4, S. 16.

<sup>11</sup> Schöpf, Elfie: *Kein Sozialismus ohne Feminismus*, in: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): *Feminismus in der SP...: Dokumentation einer Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz in Bern*, Bern 1979, S. 4–6: 6.

<sup>12</sup> Veya, Elisabeth: *Damals wie heute...*, in: *Das rote Heft. Die Frau in Leben und Arbeit*, Nr. 12, 1988, S. 3.



## Grenzen des Sagbaren

Es wäre indes zu kurz gegriffen, wenn aus den Ausführungen geschlossen würde, dass Sozialdemokratinnen ihren Anteil an der politischen Macht eingefordert und sich bürgerliche Frauen ihrer Situation gefügt hätten. Vielmehr muss die Frage gestellt werden, was den Vertreterinnen der unterschiedlichen Parteien als neue politische Akteurinnen überhaupt zu artikulieren möglich war. Denn ihr Sprechen über die politische Teilnahme von Frauen umriss letztlich das, was innerhalb des politischen Feldes und in ihren Parteien sagbar war.

Fundamentale Kritik am Stand der Gleichstellung und an der fehlenden politischen Macht von Frauen war einzig den SP-Frauen möglich. Und das auch erst, als der Partei durch die Neue Frauenbewegung und durch das Aufkommen der Grünen Partei Konkurrenz um die Gunst der Frauen erwuchs und die Sozialdemokratische Partei dadurch schlicht gezwungen war, eine feministische Wende mitzumachen oder eine solche zumindest zu akzeptieren.

Just diese von linkspolitischen und feministischen Kreisen artikulierte Kritik an der bestehenden Geschlechterordnung machte den bürgerlichen Frauen hingegen zu schaffen. Sprachen sie über Gleichstellung oder forderten sie eine bessere politische Vertretung von Frauen, kam ihnen von ihren Parteien rasch der Vorwurf entgegen, dass sie linke Politik betreiben würden oder gar «abweichlerische» Absichten hegten.

Gerade bürgerliche Frauen hatten mit teils heftigen Reaktionen zu rechnen, sobald sie sich gleichstellungspolitischen Themen annahmen. Dies zeigt letztlich, unter welchem Anpassungsdruck sich Frauen befanden, die an der Politik und damit an der Macht partizipieren wollten.

Ob und wie sie das anstellen konnten, war stark von den männlich dominierten Parteien und dem gesamten, ebenso männlich geprägten politischen Feld vorgegeben. Dieser Normierungs- und Anpassungsdruck an die politischen Spielregeln schränkte den Handlungsraum von Frauen in der Politik entschieden ein – insbesondere bei den bürgerlichen Frauen.

## Zur Machtfrage

Frauen waren bei ihrem Eintritt in die Politik bestrebt, die gängigen Gesetze und Spielregeln zu übernehmen. So haben sie sich beispielsweise an die in ihren jeweiligen Parteien dominante Kultur angepasst, sich an die gängigen Praktiken des Politisierens gehalten oder die vorherrschenden Formen politischer Kommunikation übernommen. Doch trotz vielfacher Anpassungsleistungen an das politische Feld, trotz der Beherrschung der Spielregeln der Politik, blieben geschlechtsspezifische Machtungleichheiten und Herrschaftsmechanismen innerhalb der Parteien wie auch allgemein im politischen Feld weiterhin bestehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich abschliessend die Frage, ob Frauen im Feld der institutionalisierten Politik in der Zwischenzeit als ebenbürtige Akteurinnen anerkannt sind und ob die politische Macht gleichberechtigt zwischen den Geschlechtern aufgeteilt ist. Die Statistiken liefern eine klare Antwort. In den meisten politischen Gremien sind Frauen nach wie vor untervertreten. Und: Je wichtiger das Gremium, desto weniger Frauen sind darin vertreten – diese Formel besitzt noch heute vielerorts Gültigkeit. Zwar haben Frauen neue oder zuvor vernachlässigte Themen auf die politische Agenda gebracht. Zu denken ist etwa an die politischen Vorstösse zum Schwangerschaftsabbruch, an das neue Eherecht, an die Mutterschaftsversicherung oder an die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe, um nur wenige Beispiele aufzuzählen. Aber es darf nicht vergessen werden, dass sich die geschlechtsspezifischen Machtstrukturen kaum irgendwo zugunsten einer Parität zwischen den Geschlechtern verändert hat. Die Politik bleibt ein Bereich, in dem die ursprünglich von Männern für Männer gemachten Regeln Gültigkeit behalten. Frauen sind nach wie vor «die Anderen», die sich an die Regeln anpassen und beweisen müssen, dass sie fähig sind.

### Fabienne Amlinger

Fabienne Amlinger, Historikerin und Geschlechterforscherin, hat an den Universitäten Bern und Basel Geschichte, Sozialanthropologie und Soziologie studiert. Seit 2006 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG) sowie zwischenzeitlich als Assistentin am Historischen Institut der Universität Bern, wo sie bis heute Lehraufträge innehat. In ihrer Doktorarbeit (publiziert 2017) hat sie die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern im Feld der Politik untersucht. Ergebnisse der Studie werden derzeit in eine schweizweite Wanderausstellung umgewandelt.

# Von einer Debatte über die Frauen zu einer Debatte über die politischen Parteien - der öffentliche Diskurs während den Wahlen

*Sie begleiten uns täglich, zeigen uns Auszüge und Blickwinkel der Wirklichkeit auf: Die Medien spielen in unserer Gesellschaft und vor allem in der Politik eine wichtige Rolle. Ein Grossteil der Bevölkerung nimmt Wahlen und Wahlkampagnen ausschliesslich über die Medien wahr. Wie wird das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern in den Medien behandelt? Wie werden Kandidatinnen und Kandidaten dargestellt und beschrieben? Nachfolgend wird die Debatte anhand einiger ausgewählter Artikel skizziert.*

«Frauen wollen zu perfekt sein», titelten die Freiburger Nachrichten am 16. Mai 2015<sup>13</sup>, noch ein halbes Jahr vor den eidgenössischen Wahlen. Der Artikel thematisiert die Untervertretung der Frauen auf den Parteilisten und gibt Parteipräsidenten und Politikerinnen das Wort. Die Ursachen der Untervertretung werden vorrangig bei den Frauen selbst gesucht - und auch gefunden: zu wenig Selbstvertrauen, Priorisierung der Familie, zu grosser Perfektionismus, keine Lust.

Dieser Ansatz ist bezeichnend für den Beginn des Wahlzyklus im Jahr 2015: Die Frage der Frauenvertretung wird individualisiert statt strukturell angegangen und insbesondere von Seiten der Frauen beleuchtet. Die politisch engagierten Frauen, namentlich die bisherigen Nationalrätinnen, werden als für einen Sitzverlust «gefährdet» dargestellt, und die zur Beschreibung verwendete Sprache ist oft wenig schmeichelhaft: «In Bern ist sie als die Sonnenblumendame bekannt», «Über sie gibt es so etwas wie ein Unbehagen...», «Kein Kommentar». So beginnen die Portraits dreier bisheriger Politikerinnen in einem Artikel<sup>14</sup>, während für die Portraits der Männer folgende Worte gewählt werden: «Ein unleugbar sicherer Wert», «Er bleibt ein sicherer Wert», «Zweifelloos ein politisches Schwergewicht», «Er sei der einflussreichste Freiburger in Bern», «Ein Fürst», «Hochkarätig.»

Die Berichterstattung über die «gefährdeten bisherigen Frauen» werden mit Erzählungen über parteiinternen Spannungen in der SP ergänzt. Laut diesen Artikeln herrschten grosse Spannungen zwischen den bisherigen Frauen und den männlichen Kandidaten auf der gleichen Wahlliste. Die Männer werden in den Medien teils als Favoriten im Rennen um die Bisherigensitze dargestellt.<sup>15</sup>

## Wo sind die Frauen?

Die Berichterstattung zu den «für Sitzverlust Gefährdeten» findet ihre Fortsetzung während den kantonalen Wahlen. Als im April 2016 bekannt wird, dass sich keine Kandidatin auf der Liste des «bürgerlichen Bündnisses»<sup>16</sup> für die Staatsratswahlen aufstellen lässt, schlägt die öffentliche Debatte aber eine andere Richtung ein und beschäftigt sich alsdann mit der Verantwortung der politischen Parteien für die Frauenvertretung. Der Kandidatinnenmangel wird sogleich von den Medien diskutiert. La Liberté fragt in der Überschrift: «Où sont les femmes?»<sup>17</sup> (Wo sind die Frauen?). Und La Gruyère bestätigt: Die Linke hat leichtes Spiel, dem Bündnis die fehlenden weiblichen Kandidaturen vorzuhalten. Dieses Argument ist wasserdicht, da unabhängig jeglicher politischen Ideologie. Ohne Frauen wird keine ausgeglichene Frauenvertretung angestrebt. Punkt. Doch mit ihrem Plakat legt die Rechte noch eins drauf: «Damit das klar ist, der Staatsrat ist eine Männerdomäne!»<sup>18</sup>. Doch die Ursachen für die Untervertretung der Frauen werden selten genannt, geschweige denn analysiert.

Im Schatten der Diskussionen rund um die Frauenvertretung im Staatsrat wählen die Wählerinnen und Wähler 33 Frauen in den Grosse Rat, zwölf mehr als noch 2011. Diese bemerkenswerte Verbesserung der Frauenvertretung wird von den Medien zwar aufgenommen, jedoch nicht genauer analysiert und kommentiert.<sup>19</sup>

Die reine Männerliste des «bürgerlichen Bündnisses» bleibt hingegen Thema. Dies unterstreicht ein Kommentar von 2017 der Freiburger Nachrichten zur Ersatzwahl in den Staatsrat für die Nachfolge von Marie Garnier, die ihren Rücktritt zu Beginn der Legislatur angekündigt hatte: «Denn bereits bei

<sup>13</sup> Freiburger Nachrichten: *Frauen wollen zu perfekt sein*, 16. Mai 2015.

<sup>14</sup> La Gruyère: *Une députation affaiblie, mais toujours haut de gamme*, 17. September 2015.

<sup>15</sup> Le Temps: *Le PS fribourgeois se passera-t-il de femmes?*, 9. September 2015 / La Liberté: *La concurrence, aiguillon de la victoire*, 30. September 2015.

<sup>16</sup> Gemeinsame Liste der Parteien CVP, FDP und SVP.

<sup>17</sup> La Liberté: *Où sont les femmes?*, 8. April 2016.

<sup>18</sup> La Gruyère: *Candidats avec ou sans bras*, 24. September 2016.

<sup>19</sup> La Liberté: *Un Grand conseil plus féminin*, 14. Dezember 2016.



© Keystone

Die Abwesenheit von Frauenkandidaturen auf der Liste des «bürgerlichen Bündnisses» sorgt für Diskussionsstoff während der kantonalen Wahlen 2016.

den letzten Wahlen präsentierten die bürgerlichen Parteien mit einer Selbstverständlichkeit eine Sechserliste mit ausschliesslich männlichen Kandidaten. Und auch jetzt wird die Frage, ob Marie Garnier nicht auf jeden Fall durch eine Frau ersetzt werden soll, einfach unter den Tisch gewischt. Nur die Grünen haben bisher den Namen einer möglichen Kandidatin genannt. Einmal mehr zeigt sich, dass die Frauenfrage nur dann aktuell ist, wenn es den Parteien aus wahltaktischen Gründen in den Kram passt. Frauenförderung bleibt in den Freiburger Parteien ein Fremdwort.»<sup>20</sup>

Diese Beispiele illustrieren, dass sich der öffentliche Diskurs von einer individualisierten Perspektive, welche die Seite der Frauen beleuchtet, zu einem strukturelleren Diskurs verändert hat, der auch die Verantwortung der politischen Parteien thematisiert. Dennoch wird das Thema ausschliesslich während den Wahlen diskutiert, und dabei bleibt die Diskussion oft oberflächlich und auf den Kandidatinnenmangel beschränkt, also auf das Symptom der politischen Untervertretung von Frauen. Zudem scheint, dass negative Geschichten betont und teilweise gar überdramatisiert werden, wie die mehrfach erwähnten «gefährdeten Sitze» der bisherigen Nationalrats- und Staatsratskandidatinnen. Positive Geschichten zum politischen Engagement der Frauen sind in den Medien hingegen selten zu finden. Dies beeinflusst das Frauenbild in den Köpfen der Wählerinnen und Wähler.

Frauen und Männer werden in den Medien ungleich dargestellt.<sup>21</sup> Das «Global media monitoring project (GMMP)»<sup>22</sup> hat gezeigt, dass 2015 von den in den Schweizer Medien genannten Personen nur 24 % Frauen waren.<sup>23</sup> In den Themenbereichen «Politik und Regierung» waren 17 % der befragten Personen Frauen, überdies wurden diese häufiger über ihren Zivilstand definiert als Männer. Lediglich 3 % der Neuigkeiten hinterfragten stereotype Vorstellungen und 6 % behandelten Fragen zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

<sup>20</sup> Freiburger Nachrichten: *Eine spannende Ausmarchung - und danach vielleicht eine langweilige Wahl*, 17. November 2017.

<sup>21</sup> [www.egalite.ch/Prix\\_femmes\\_&\\_medias](http://www.egalite.ch/Prix_femmes_&_medias).

<sup>22</sup> [www.whomakesthenews.org](http://www.whomakesthenews.org)

<sup>23</sup> [www.egalite.ch/uploads/pdf/fem/GMMP-2015-Suisse.pdf](http://www.egalite.ch/uploads/pdf/fem/GMMP-2015-Suisse.pdf).

## Politische Vertretung der Frauen im Kanton Freiburg

---

*Unter Berücksichtigung der eidgenössischen (18. Oktober und 8. November 2015), kommunalen (28. Februar und im Laufe des Jahres 2016) und kantonalen Wahlen (6. und 27. November 2016) beschreibt dieses Kapitel die Entwicklung der Frauenvertretung im Kanton Freiburg seit 1971.*

Die statistische Analyse der politischen Vertretung von Frauen und Männern erlaubt es, den Ist-Zustand sichtbar zu machen und in einen historischen Kontext zu setzen. Wie hat sich die politische Vertretung der Frauen seit Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts im Jahr 1971 entwickelt? Wie sind die derzeitigen Gegebenheiten in den Parlamenten und Exekutiven? Wie viele Kandidatinnen lassen sich für eine Wahl aufstellen? Anhand solcher und ähnlicher Fragestellungen soll eine Art «Fotografie» der aktuellen Situation entstehen, um diese damit genauer zu beleuchten.

Die Zahlen der verschiedenen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Instanzen werden dafür unter dem Blickwinkel der Frauenvertretung analysiert. Jeder politischen Instanz ist dabei ein Unterkapitel gewidmet; es umfasst statistische Elemente zum Anteil Kandidatinnen und gewählter Frauen. Die Unterkapitel sind chronologisch nach Wahlen geordnet, beginnend mit den eidgenössischen Wahlen, gefolgt von den Wahlen auf Gemeinde- und schliesslich auf Kantonsebene. Danach werden im Kapitel «Schlussfolgerungen» die Tendenzen und erkennbaren Entwicklungen zusammengefasst.

Die Prozesse, die zu dieser Situation geführt haben, bleiben auf dieser «Fotografie» jedoch im Dunkeln. Warum gibt es weniger Kandidatinnen als Kandidaten? Warum werden Frauen häufig weniger gut gewählt als Männer? Um mehr darüber zu erfahren, müsste eine qualitative Analyse durchgeführt werden. In diesem Sinn wurden im Rahmen der 2010 veröffentlichten Vorgängerinnenpublikation des GFB<sup>24</sup> die politischen Parteien zu ihren Rekrutierungs- und Nominierungsprozessen befragt. Ziel war es, herauszufinden, inwiefern diese Prozesse der Wahl von Frauen förderlich oder hinderlich sind. Damit konnten den politischen Parteien Instrumente angeboten werden, die sie bei ihren Bemühungen zur Verbesserung der Gleichstellung in der Politik unterstützen sollen.<sup>25</sup> Die Neuausgabe dieser Broschüre präzisiert diese Vorarbeit und spricht nach dem statistischen Kapitel Empfehlungen für politische Parteien, Frauen und Männer sowie die Medien aus.

---

<sup>24</sup> Tanja Bauer: *Frauen und Politik im Kanton Freiburg: Haben wir genug?*, GFB 2010: [www.fr.ch/bef/files/pdf87/gfb\\_frauen\\_politik-2010.pdf](http://www.fr.ch/bef/files/pdf87/gfb_frauen_politik-2010.pdf).

<sup>25</sup> Das GFB schlägt «Fünf Schritte zum Erfolg» und eine Auswahl konkreter Massnahmen vor, die es auf seiner Website bereitstellt: [www.fr.ch/bef/de/pub/gleichstellung\\_in\\_der\\_politik/politische\\_parteien.htm](http://www.fr.ch/bef/de/pub/gleichstellung_in_der_politik/politische_parteien.htm).



## Eidgenössische Ebene

Bei den eidgenössischen Wahlen 2015 wurde – wie schon in den 44 Jahren zuvor – keine Frau für den Kanton Freiburg in den Ständerat gewählt. Dieses Resultat ist keine Überraschung, da es keine Kandidaturen von Frauen gab.

Hingegen wurden 28,6% Frauen (zwei Frauen) im Jahr 2015 für den Kanton Freiburg in den Nationalrat gewählt. Der Kandidatinnenanteil aller Parteilisten betrug 30% (+5 Punkte im Vergleich zu 2011). Dies bedeutet, dass Frauen leicht schlechter gewählt wurden als Männer.

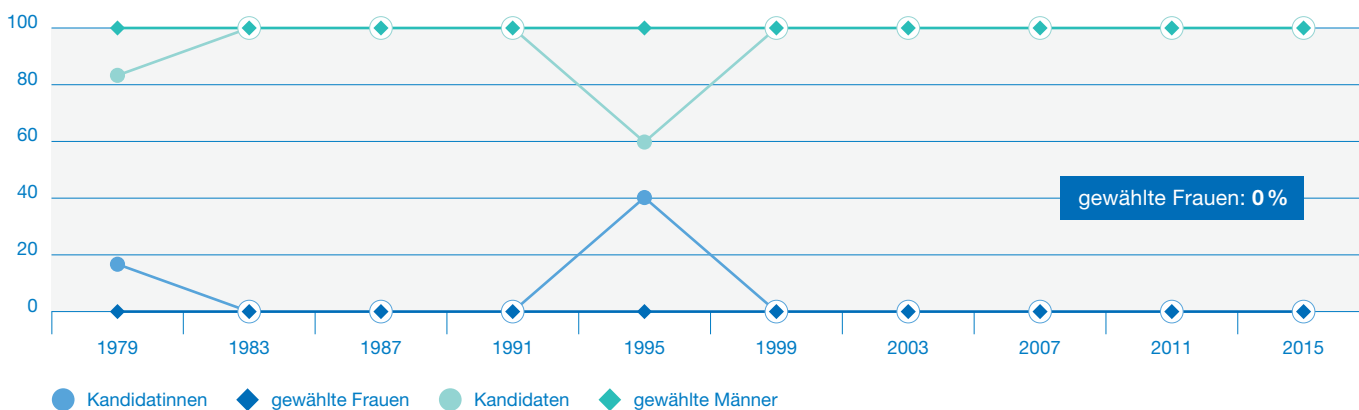
## Ständerat

Der Ständerat repräsentiert die Kantone und entspricht der kleinen Kammer des Parlaments. Jeder Kanton ist mit zwei Sitzen im Ständerat vertreten, die sechs Halbkantone mit je einem Sitz. Der Ständerat zählt also 46 Sitze.

In der Gesamtschweiz wie im Kanton Freiburg ist der Ständerat auch 44 Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts eine Männerdomäne geblieben. Im Kanton Freiburg hatten seit 1971 nur drei Frauen eine Nebenrolle inne: Silvia Lang im Jahr 1979 sowie Monique Pichonnaz und Madeleine Duc-Jordan<sup>27</sup> im Jahr 1995. Ihre Kandidaturen entsprachen 16,7% respektive 40% der Kandidierenden. Bis heute wurde jedoch keine einzige Freiburgerin in den Ständerat gewählt.

Bei nur zwei Sitzen – für Halbkantone sogar nur einem Sitz – ist es für Kandidierenden schweizweit eine Herausforderung, in den Ständerat gewählt zu werden. Im Jahr 2011 waren 19,6% der Gewählten Frauen, 2015 nur noch 15,2%. Seit 2003, als Frauen mit dem bescheidenen Höchstwert von 23,9% im Ständerat vertreten waren, ist die Entwicklung rückläufig.

Ständerat: Kandidatinnen und Kandidaten sowie Gewählte Frauen und Männer für den Kanton Freiburg (1979-2015)<sup>26</sup>



<sup>26</sup> Quelle: Staatskanzlei (SK) des Staates Freiburg: [www.fr.ch/cha/de/pub/wahlen/archiv/bundeswahlen/eidg\\_2015/kandidaten\\_sr.htm](http://www.fr.ch/cha/de/pub/wahlen/archiv/bundeswahlen/eidg_2015/kandidaten_sr.htm).

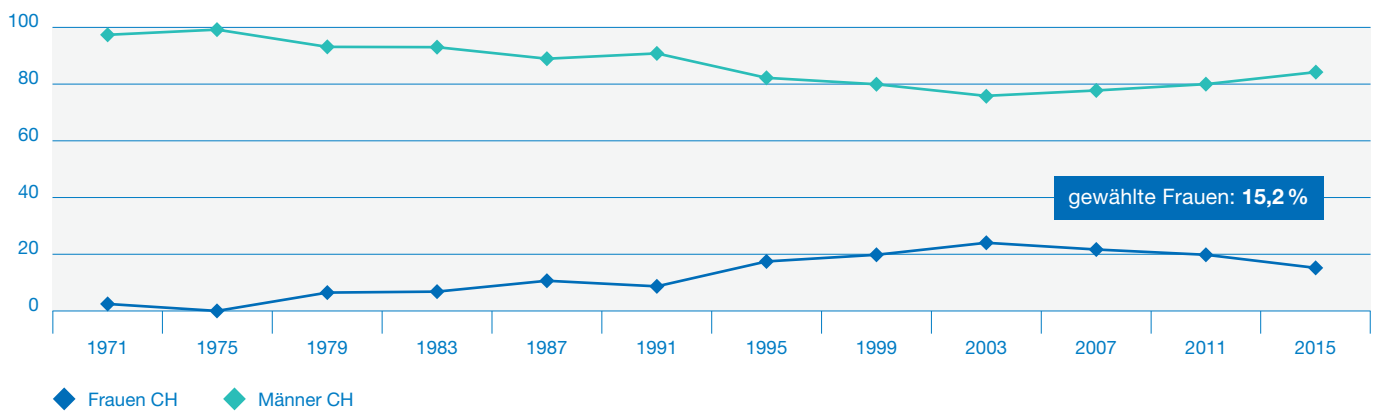
<sup>27</sup> Quelle Namen ehemaliger Ständeratskandidatinnen: persönliche Dokumentation von John Clerc.



© Lib/Alain Wicht

Das Team in Bern: Christian Levrat und Beat Vonlanthen

Ständerat: Gewählte Frauen und Männer schweizweit (1971-2015)<sup>28</sup>



<sup>28</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS): [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/staenderatswahlen.assetdetail.106362.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/staenderatswahlen.assetdetail.106362.html).

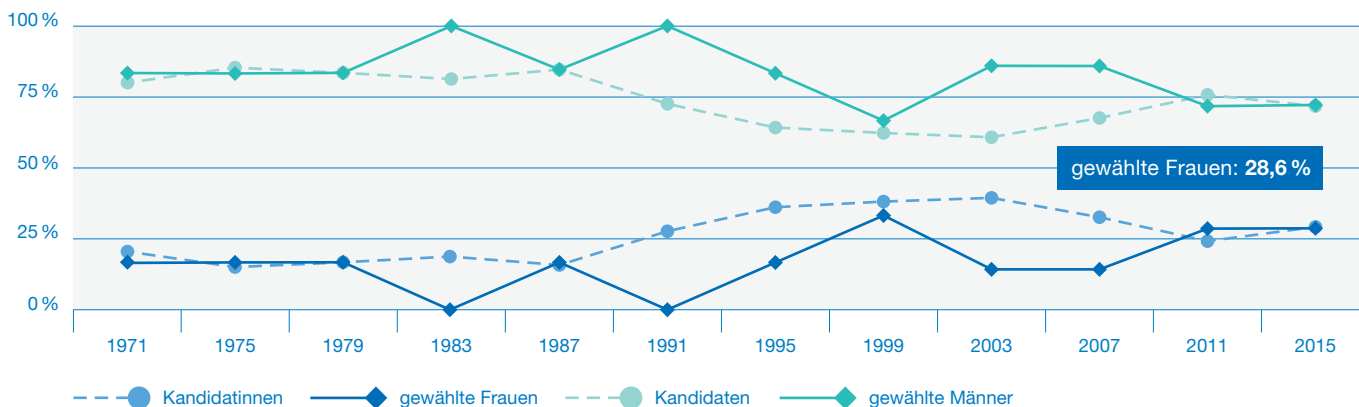
## Nationalrat

Der Nationalrat vertritt die Bevölkerung und entspricht der grossen Kammer des Schweizer Parlaments. Die Kantone bilden die Wahlkreise und erhalten je nach Bevölkerungsstärke eine gewisse Anzahl Sitze zugesprochen. Dem Kanton Freiburg standen von 1971 bis 1999 sechs Sitze und ab 2003 sieben Sitze zu. Die Anzahl Nationalratskandidatinnen und kandidaten ist im Kanton Freiburg 99 Personen im Jahr 2011 auf 133 Personen im Jahr 2015 gestiegen (+34 Punkte). Diese Zunahme ist grösstenteils auf die Junge CVP zurückzuführen, die insgesamt 28 Kandidaturen stellten, davon zehn Frauen. Der Kandidatinnenanteil aller Parteien stieg auf 29,3 % (+5,1 Punkte gegenüber 2011).

Zwei Frauen wurden 2015 in den Nationalrat gewählt: Christine Bulliard-Marbach für die CVP und Valérie Piller Carrard für die SP. Der Anteil gewählter Frauen entsprach 28,6% oder zwei von sieben Freiburger Sitzen im Nationalrat. Frauen hatten demnach schlechtere Wahlchancen als ihre

männlichen Kollegen auf der Liste: Im Jahr 2015 betrug die Wahlquote der Frauen 97,4 gegenüber 117,9 im Jahr 2011. Zur Erinnerung: Eine Wahlquote von 100 bedeutet, dass der Kandidatinnenanteil auf der Liste dem Anteil gewählter Frauen entspricht.

Nationalrat: gewählte Kandidatinnen und Kandidaten für den Kanton Freiburg (1971-2015)<sup>29</sup>



<sup>29</sup> Quelle: Staatskanzlei (SK) des Staates Freiburg: [www.fr.ch/cha/de/pub/wahlen/archiv/bundeswahlen/eidg\\_2015/kandidaten\\_nr.htm](http://www.fr.ch/cha/de/pub/wahlen/archiv/bundeswahlen/eidg_2015/kandidaten_nr.htm).

### Kampagne «Wahlen und Gleichstellung»: Eine atypische Medienkonferenz

Die nationalen Wahlen waren eine Gelegenheit für das Büro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen eine Kampagne zu starten, die den Fokus auf politisch engagierte Frauen legt. Dabei geht es insbesondere darum, die Frauen, die politischen Parteien und die Wählerinnen und Wähler dazu zu bewegen, einen Schritt vorwärts zu machen und die Gleichstellung in die Tat umzusetzen.

Die Medienkonferenz «**Wahlen und Gleichstellung: Das politische Wort den Frauen**» gab den Startschuss für diese Kampagne. Im Scheinwerferlicht standen die Nationalratskandidatinnen. Sie wurden eingeladen, sich anlässlich der Medienkonferenz zu einem nationalen Politthema zu äussern.



Die Kandidatinnen, die sich für ein Mandat im Nationalrat bewarben, während der Medienkonferenz «Wahlen und Gleichstellung: Das politische Wort den Frauen», organisiert durch das GFB und in Anwesenheit von Staatsrätin Anne-Claude Demierre (3. von rechts). Auf dem Bild sind auch die bisherigen Nationalrätinnen Christine Bulliard-Marchbach (7. von links), Ursula Schneider-Schüttel (8. von links) und Valérie Piller-Carrard (rechts aussen).

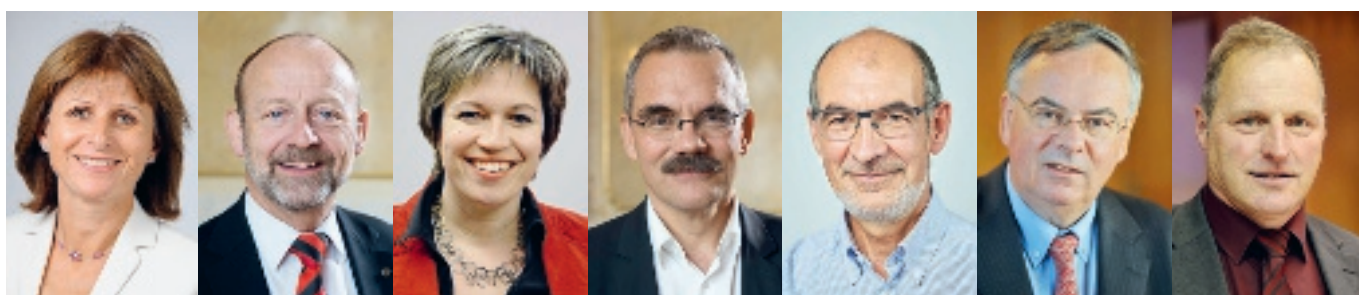


Von den sieben Bisherigen, die sich 2015 erneut zur Wahl aufstellen liessen, wurden vier Männer und zwei Frauen gewählt. Die nicht wiedergewählte Ursula Schneider-Schüttel zahlte den Preis für den Sitz, den die SP-Liste an die SVP-Liste verlor.

Nachdem Jean-François Steiert am 27. November 2016 in den Freiburger Staatsrat gewählt wurde, konnte Ursula Schneider-Schüttel in den Nationalrat nachrücken. Seither vertreten drei Frauen den Kanton Freiburg im Nationalrat, was einem Anteil von 42,8 % entspricht.

Im Kanton Freiburg betrug der Anteil gewählter Frauen also 28,6 % und lag damit leicht unter dem nationalen Durchschnitt von 32 %. Damit hat die Frauenvertretung im Nationalrat 2015 im Vergleich zu 2011 schweizweit um 2,5 Punkte zugenommen. Der Frauenanteil aller Kandidaturen lag hingegen noch etwas höher, nämlich bei 34,5 %. Demnach sind die Wahlchancen der Kandidatinnen geringer als diejenigen ihrer männlichen Kollegen auf der Liste. Allerdings gibt es diesbezüglich zwischen den politischen Parteien grosse Unterschiede.<sup>31</sup>

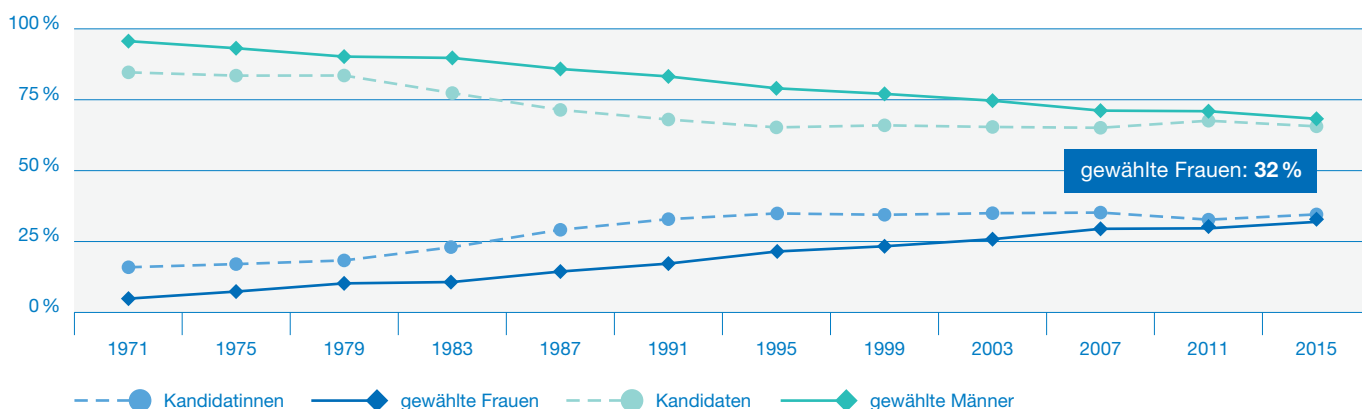
© Corinne Aeberhard, Charles Ellena, Aldo Ellena, Vincent Murith, Alain Wicht und Charly Rappo



**Die 2015 gewählten Nationalrätinnen und Nationalräte**

(von links nach rechts): Christine Bulliard-Marbach, Dominique de Buman, Valérie Piller Carrard, Jean-François Steiert, Jacques Bourgeois, Jean-François Rime, Pierre-André Page.

**Nationalrat: Kandidatinnen und Kandidaten und gewählte Frauen und Männer schweizweit (1971-2015)<sup>30</sup>**



<sup>30</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS): [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/staenderatswahlen.assetdetail.106362.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/staenderatswahlen.assetdetail.106362.html).

<sup>31</sup> Werner Seitz: *Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2015: Der Schwung ist weg*, Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, 2016. Tabelle 6 Seite 51: [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/frauen.assetdetail.1902928.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/frauen.assetdetail.1902928.html).

## Kommunale Ebene

Die meisten Gemeindewahlen im Kanton Freiburg fanden am 28. Februar 2016 statt. Gemeindewahlen sind für den Stand der Gleichstellung in der Politik aussagekräftig, denn die künftigen Gewählten der kantonalen und eidgenössischen Instanzen rekrutieren sich oft aus den kommunal Gewählten. Auch darum ist es interessant, diese Ebene genauer zu analysieren.

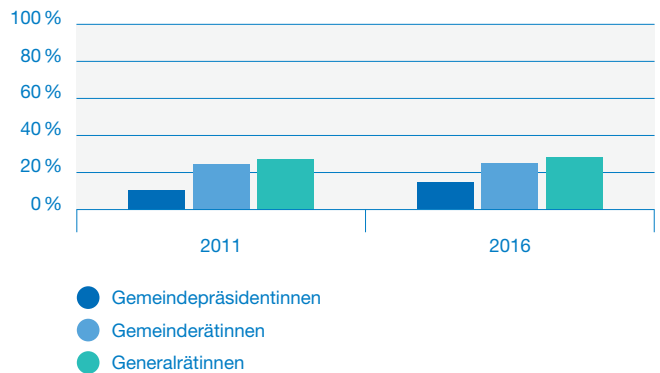
Zuerst wird der Durchschnitt der Frauenvertretung aller Gemeinden des Kantons Freiburg vorgestellt, darauf folgt die Analyse der Situation in den Bezirken und ihren jeweiligen Hauptorten entsprechend den verfügbaren Daten.

### Analyse der Frauenvertretung mittels Wahlquote<sup>32</sup>

Wird der Anteil der gewählten Frauen mit dem Kandidatinnenanteil verglichen, bzw. der Anteil der gewählten Männer mit dem Kandidatenanteil, so ergibt sich daraus die Wahlquote der Kandidatinnen bzw. Kandidaten. Diese zeigt, wie gross die statistische Chance ist, gewählt zu werden. Ist das Verhältnis der Gewählten zu den Kandidierenden im Gleichgewicht (z. B. 30 % gewählte Frauen, 30 % Kandidatinnen), so ergibt sich für die Wahlquote den Wert 100. Eine Wahlquote von über 100 signalisiert überdurchschnittlich gute Wahlchancen, da der Anteil der gewählten Frauen bzw. Männer grösser ist als der Anteil der Kandidatinnen bzw. Kandidaten. Eine Wahlquote von unter 100 verweist dagegen auf unterdurchschnittliche Wahlchancen: Es werden prozentual weniger Frauen bzw. Männer gewählt, als kandidiert haben.

Eine hohe Wahlquote bedeutet aber nicht, dass viele Frauen gewählt wurden, sondern dass der Frauenanteil unter den Gewählten grösser ist als unter den Kandidierenden (z. B. 30 % gewählte Frauen, aber nur 20 % Kandidatinnen).

### Kommunale Ebene: Frauenvertretung in den kommunalen Exekutiven und Legislativen aller Gemeinden



### Frauenvertretung in den kommunalen Exekutiven und Legislativen des Kantons Freiburg

Der **Gemeinderat**, dessen Mitglieder von der Gemeindebevölkerung gewählt werden, übt die exekutive Gewalt aus. Die Grösse des Gemeinderats kann von Gemeinde zu Gemeinde variieren und bewegt sich meistens zwischen fünf und neun Mitgliedern. Im Jahr 2016 waren 25,2 % der in die Gemeinderäte Gewählten Frauen, gegenüber 2011 entspricht dies einer leichten Zunahme um 0,5 Punkte.

Gewählte Frauen sind weniger häufig im Amt der Gemeindepäsidentin anzutreffen als in dem der Gemeinderätin. Insgesamt liegt der Frauenanteil bei den Gemeindepresidien bei 14,9 %. Gegenüber 2011 entspricht dies einer Zunahme um 4,1 Punkte. Während es in jeder Gemeinde einen Gemeinderat gibt, wird die legislative Gewalt je nach Grösse der Gemeinde von einem Parlament oder einer Gemeindeversammlung ausgeübt. Im Jahr 2016 hatten Frauen 28,9 % der Sitze in den **Generalräten** inne, gegenüber 27,5 % im Jahr 2011 (+1,4 Punkte). Damit sind Frauen in den Parlamenten etwas stärker vertreten als in den Gemeindeexekutiven.

<sup>32</sup> Werner Seitz: *Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2015: Der Schwung ist weg*, Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, 2016. Seite 63: [www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/1902929/master](http://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/1902929/master).

## Frauenvertretung nach Bezirk

Die durchschnittliche Frauenvertretung in den **Gemeinderäten** unterscheidet sich je nach Bezirk und variiert zwischen 19 % und 33,2 %. Die höchsten Frauenanteile sind im Saanebezirk (33,2 %) und im Vivisbachbezirk (26,2 %) zu finden, im Broyebezirk hingegen beträgt er lediglich 19 %. Die vier anderen Bezirke liegen im Grössenbereich 22,9 % bis 24,7 %.

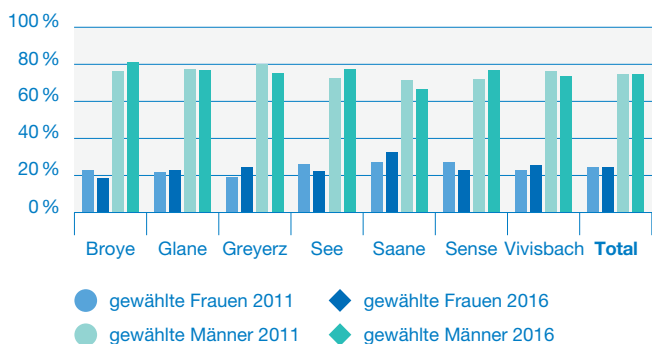
Im Greyerz-, Saane- und Vivisbachbezirk und weniger ausgeprägt auch im Glanebezirk hat sich die Frauenvertretung seit 2011 verbessert, im Broye-, See- und Sensebezirk hingegen hat der Frauenanteil abgenommen.

Über alle Bezirke hinweg hat die Frauenvertretung insgesamt um 0,5 Punkte zugenommen.

Für das Amt der **Gemeindepräsidentin** sind die Unterschiede zwischen den Bezirken markanter und variieren von 0 % bis 33 %. Die Gemeinden des Sensebezirks (0 %), Greyerzbezirks (4 %), Glanebezirks (10,5 %) und Seebezirks (11,8 %) liegen unter dem kantonalen Durchschnitt von 14,9 % und werden nur selten (oder nie) von einer Gemeindepräsidentin vertreten.

Am anderen Ende der Skala haben die Gemeinden des Broyebezirks (21,1 %), Saanebezirks (28,6 %) und Vivisbachbezirks (33 %) häufiger eine Gemeindepräsidentin als der kantonale Durchschnitt der Gemeinden.

### Frauen- und Männervertretungen Gemeinderäte: Frauenvertretung in den Bezirken



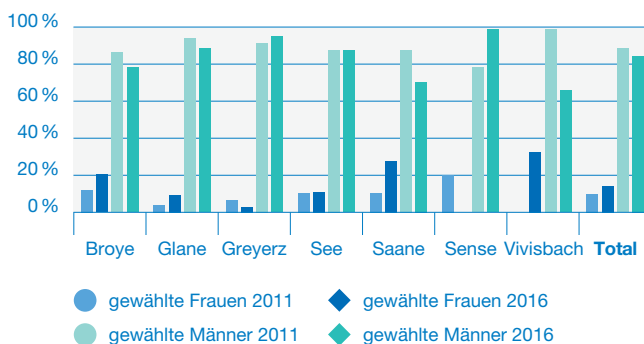
Bei den **Generalräten** unterscheidet sich die durchschnittliche Frauenvertretung ebenfalls nach Bezirk und bewegt sich zwischen 24,2 % und 34 %. Frauen verzeichnen in den Generalräten aller Gemeinden der Bezirke Sense (29,3 %), Vivisbach (31,6 %), Saane (31,8 %) und See (34 %) einen überdurchschnittlichen Anteil (Kantonsdurchschnitt aller Gemeinden: 28,9 %).

In den Bezirken Broye (24,2 %) und Greyerz (25,5 %) sind Frauen unterdurchschnittlich vertreten, im Glanebezirk entspricht die Frauenvertretung dem Kantonsdurchschnitt (28,8 %).

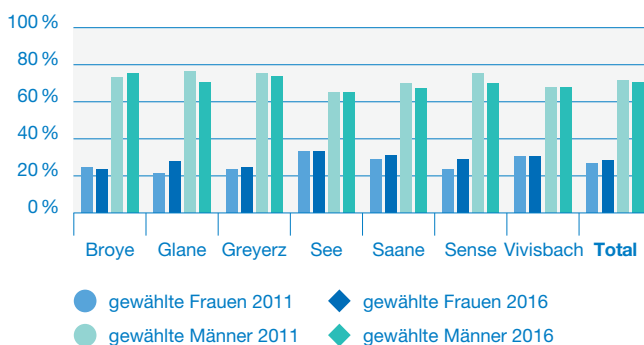
Mit Ausnahme des Broyebezirks hat der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten stagniert (See, Vivisbach) oder ist gestiegen (Glane, Greyerz, Saane, Sense).

Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird die Vertretung der Frauen in den Bezirkshauptorten beschrieben, entsprechend den verfügbaren Daten. Um den Vergleich zwischen den Hauptorten zu vereinfachen, wurde die Analyse bewusst systematisch durchgeführt. Die Ergebnisse werden für jeden Hauptort gleich dargestellt

### Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten: Anteil Frauen und Männer in allen Freiburger Gemeinden nach Bezirken



### Generalräte: Anteil Frauen und Männer in allen Freiburger Gemeinden nach Bezirken



## Broyebezirk mit Hauptort Estavayer-le-Lac

Im Broyebezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 19%, in den Generalräten 24,2%.

Estavayer-le-Lac, Hauptort des Broyebezirks, vereint mit rund 10000 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Drittel der Bezirksbevölkerung.<sup>33</sup> Die Gemeinde besteht aus 16 Dörfern und einem Weiler, welche nach und nach fusioniert haben.

Der **Gemeinderat** besteht aus neun Mitgliedern, davon sechs Gewählte im Wahlkreis Estavayer-le-Lac und je eine gewählte Person der Wahlkreise Ruyres-les-Prés/Bussy/Morens, Vernay und Murist/Vuissens.

Für die ersten Gemeindewahlen der neuen, 2016 fusionierten Gemeinde liessen sich 51 Personen aufstellen, davon 15 Frauen und 36 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 29,4% und einem Kandidatenanteil von 70,6%.

Von den Gewählten waren 11,1% Frauen und 88,9% Männer.

Die Wahlquote ist ein wichtiges Analyseelement für die Evaluation und den Vergleich der realen Wahlchancen, spezifischer der Wahlchancen von Frauen (vgl. Kasten weiter oben).

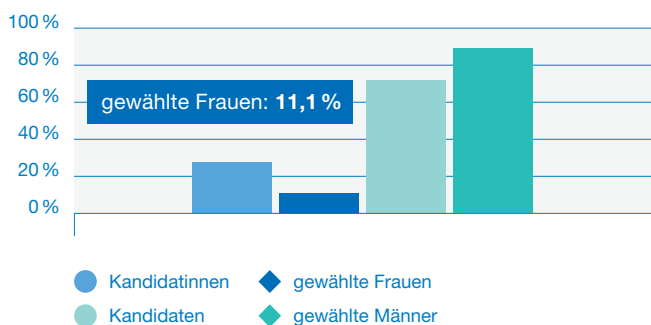
Beim Vergleich des Kandidatinnenanteils (29,4%) mit dem Anteil gewählter Frauen (11,1%) lässt sich feststellen, dass die Frauen auf den Listen untervertreten waren und zudem klar kleinere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Mitstreiter. Die Wahlquote betrug 38 für die Frauen und 126 für die Männer.

Der **Generalrat** setzt sich aus 60 Mitgliedern zusammen, die in den sieben Wahlkreisen gewählt werden. Im Jahr 2016 liessen sich 177 Personen für die Generalratswahlen aufstellen, 49 Frauen und 128 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 27,7% sowie einem Kandidatenanteil 72,3%.

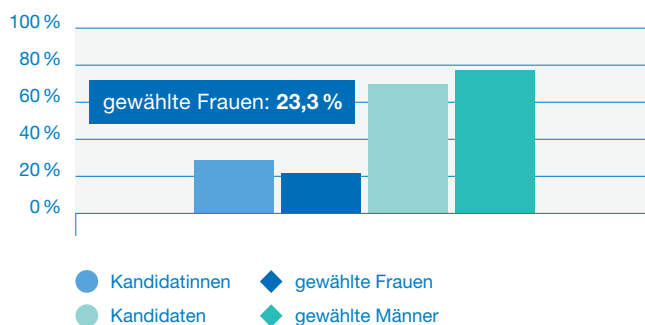
Von den Gewählten waren 23,3% Frauen und 76,7% Männer.

Beim Vergleich des Kandidatinnenanteils (27,7%) mit dem Anteil gewählter Frauen (23,3%) lässt sich feststellen, dass die Frauen auf den Listen untervertreten waren und zudem in der Legislative von Estavayer-le-Lac kleinere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Mitstreiter auf der Liste. Die Wahlquote der Kandidatinnen betrug 84, diejenige ihrer männlichen Mitstreiter 106.

Estavayer-le-Lac: Gemeinderat 2016



Estavayer-le-Lac: Generalrat 2016



<sup>33</sup> www.estavayer.ch





© Gemeinde Estavayer-le-Lac

### Offizielles Foto des Gemeinderats von Estavayer-le-Lac

*Von links nach rechts:* M. Joseph Borcard, Gemeinderat, Lionel Conus, Generalsekretär, Dominique Aebischer, Gemeinderat, Jean-Claude Votta, Gemeinderat, Marlis Schwarzentrub, Gemeinderätin, Samuel Ménétrey, Gemeinderat, Philippe Aegerter, Gemeinderat, Eric Chassot, Vize-Gemeindepräsident, André Losey, Gemeindepräsident, et Eric Rey, Gemeinderat.

## Glanebezirk mit Hauptort Romont

Im Broyebezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 23 %, in den Generalräten 28,8 %.

Romont zählt rund 5300 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>34</sup>, der **Gemeinderat** besteht aus neun Mitgliedern. Im Jahr 2016 liessen sich 19 Personen für die Gemeinderatswahlen aufstellen, sieben Frauen und zwölf Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 36,8 % sowie einem Kandidatenanteil von 63,2 %.

Von den Gewählten waren 22,2 % Frauen und 77,8 % Männer, also der gleiche Prozentsatz wie 2011.

Der Vergleich des Kandidatinnenanteils(36,8%) mit dem Anteil gewählter Frauen (22,2%) zeigt, dass die Frauen auf den Listen untervertreten waren und zudem noch kleinere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Mitstreiter.

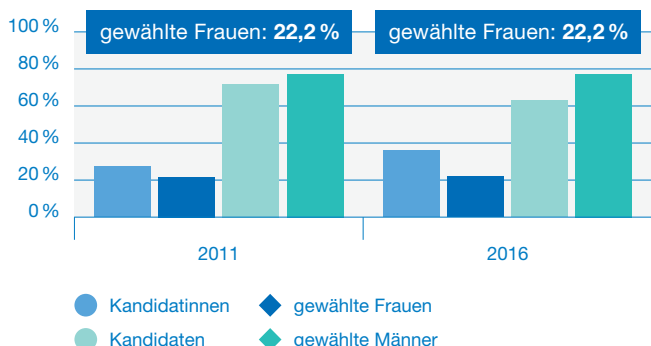
Eine der zwei gewählten Frauen hatte entschieden, das Amt nicht anzutreten, und wurde durch einen Mann ersetzt.

Der Generalrat besteht aus 50 Mitgliedern. Im Jahr 2016 kandidierten 99 Personen für einen Sitz in der Gemeindelegislative, 31 Frauen und 68 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 31,3 % sowie einem Kandidatenanteil von 68 %.

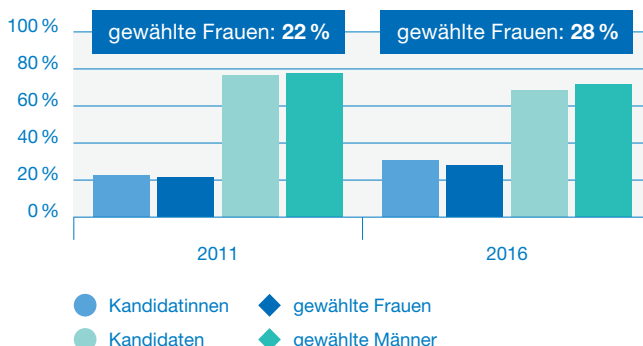
28 % der Gewählten waren Frauen, 72 % Männer, was im Vergleich zu 2011 einer Steigerung der Frauenvertretung um sechs Punkte gleichkommt (+3 Frauen).

Die Wahlquote der Frauen bei der Legislative (89; Männer: 105) führt zur gleichen Feststellung wie bei der Exekutive: Beim Vergleich des Kandidatinnenanteils (31,1 %) mit dem Anteil gewählter Frauen (28 %) lässt sich feststellen, dass die Frauen auf den Listen untervertreten waren und zudem etwas kleinere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Mitstreiter.

Romont: Gemeinderat 2011 - 2016



Romont: Generalrat 2011 - 2016



<sup>34</sup> [www.romont.ch](http://www.romont.ch)





© Gemeinde Romont

### Offizielles Foto des Gemeinderats von Romont

Von links nach rechts, 1. Reihe: Christian Perrier, Micheline Poulin, Dominique Butty (Gemeindepräsident), Pascal Delabays, Jean-Denis Cornu (Vize-Gemeindepräsident). 2. Reihe : Luc Bardet, Yves Bard (Gemeindeschreiber), Marc Menoud, Didier Demierre. 3. Reihe: Emmanuel Bussard. Eine der beiden gewählten Frauen wollte nicht Einsitz in den Gemeinderat nehmen. Sie wurde durch einen Mann ersetzt.

## Greyerzbezirk mit Hauptort Bulle

Im Greyerzbezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 24,7%, in den Generalräten 25,5%.

Bulle zählt rund 22 930 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>35</sup>, der **Gemeinderat** besteht aus neun Mitgliedern. Im Jahr 2016 haben 29 Personen für die Gemeinderatswahlen kandidiert, neun Frauen und 20 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 31 % und einem Kandidatenanteil von 69 %.

Von den Gewählten waren 33 % Frauen und 66 % Männer. Dies entspricht dem gleichen Prozentsatz wie 2011.

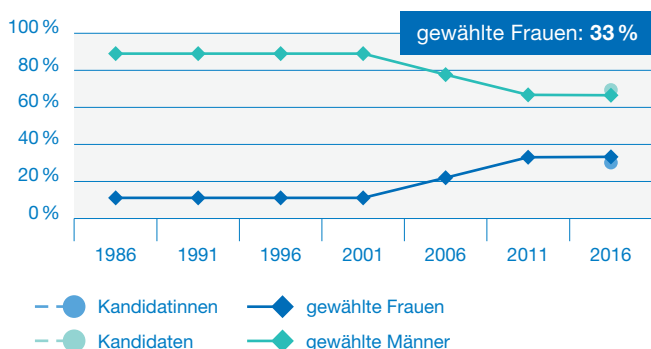
Die Analyse der Wahlquote zeigt im Vergleich zu den meisten Bezirkshauptorten ein anderes Bild: Der Kandidatinnenanteil (31 %) verglichen mit dem Anteil gewählter Frauen (33 %) weist darauf hin, dass Frauen auf den Listen zwar untervertreten waren, 2016 jedoch grössere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Mitstreiter. Die Wahlquote der Frauen betrug 107 gegenüber 97 ihrer männlichen Kollegen auf der Liste.

Der Generalrat zählt 50 Mitglieder. Im Jahr 2016 kandidierten 172 Personen für einen Sitz in der Gemeindelegislative, 58 Frauen und 114 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 33,7 % und einem Kandidatenanteil von 66,3 %.

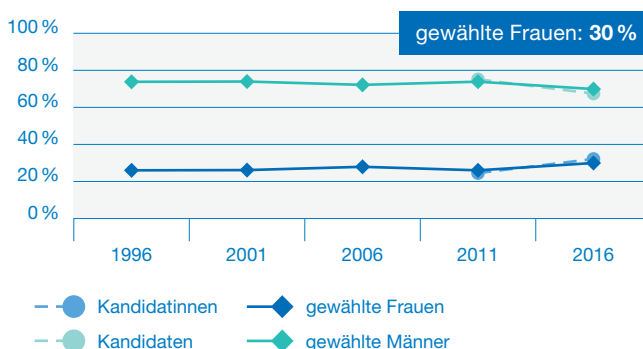
Von den Gewählten waren 30 % Frauen und 70 % Männer, dies entspricht im Vergleich zu 2011 einem Anstieg der Frauenvertretung um vier Punkte (+2 Frauen).

Bei der Legislative deckt sich die Wahlquote, die sich aus dem Verhältnis des Kandidatinnenanteils (33,7 %) und des Anteil gewählter Frauen (30 %) ergibt, also eher mit derjenigen anderer Bezirkshauptorte – genau umgekehrt als bei der Exekutive in Bulle. Frauen waren nicht nur auf den Listen untervertreten, sondern hatten auch geringere Wahlchancen als die Männer, die sich für die Wahl aufstellen liessen. Die Wahlquote der Frauen betrug 89, diejenige der Männer 106.

Bulle: Gemeinderat 1986 - 2016



Bulle: Generalrat 1996 - 2016



<sup>35</sup> [www.bulle.ch](http://www.bulle.ch), besucht am 14. Mai 2018.





© Mélanie Rouiller

### Offizielles Foto des Gemeinderats von Bulle

*Von links nach rechts:* Nicolas Wyssmueller, Patrice Morand, Johanna Gapany, Marie-France Roth Pasquier, David Seydoux, Jacques Morand (Gemeindepräsident), Jérôme Tornare, Raoul Girard (Vize-Gemeindepräsident), Chantal Pythoud, Jean-Marc Morand, Anne Carrel Meyer (Gemeindeschreiberin).

## Saanebezirk mit Hauptort Freiburg

Im Saanebezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 33,2%, in den Generalräten 31,8%.

In der Stadt Freiburg sind rund 38 350 Personen wohnhaft<sup>36</sup>, der **Gemeinderat** besteht aus fünf Mitgliedern. Im Jahr 2016 liessen sich 22 Personen für die Gemeinderatswahlen aufstellen, sechs Frauen und 16 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 27,3% und einem Kandidatenanteil von 72,7%.

Von den Gewählten waren 40% Frauen und 60% Männer, also der gleiche Prozentsatz wie 2011.

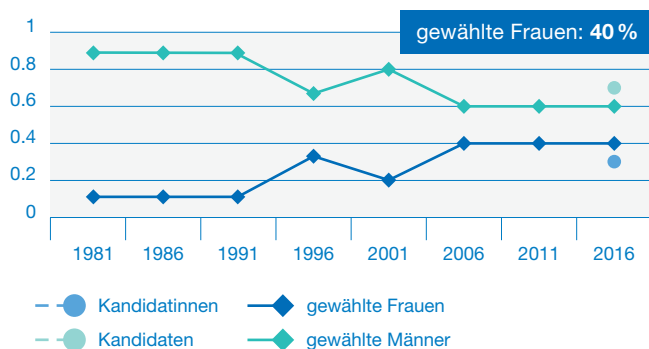
Wie bei den Wahlen in der Gemeinde Bulle lässt sich beim Vergleich des Kandidatinnenanteils (27,3%) mit dem Anteil gewählter Frauen (40%) feststellen, dass die Frauen auf den Listen untervertreten waren, aber höhere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Mitstreiter. Demzufolge betrug die Wahlquote bei diesen Wahlen 147 für die Frauen und lediglich 83 für die Männer.

Der **Generalrat** zählt 80 Mitglieder. Im Jahr 2016 kandidierten 241 Personen für einen Sitz in der Gemeindelegislative, 78 Frauen und 163 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 32,4% und einem Kandidatenanteil von 67,6%.

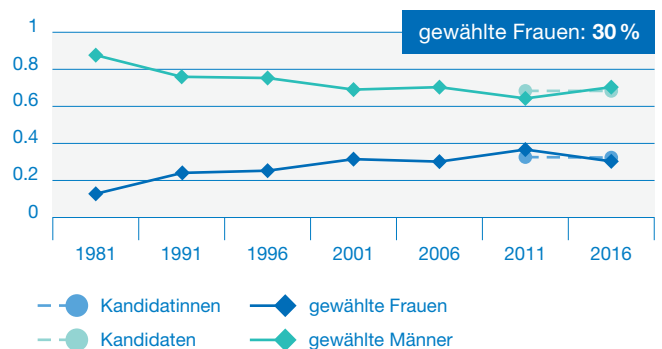
Von den Gewählten waren 30% Frauen und 70% Männer, dies entspricht im Vergleich zu 2011 einer Abnahme der Frauenvertretung um 6,3 Punkte (-5 Frauen).

Auf Ebene der Legislative und im Unterschied zu den Wahlen in den Freiburger Gemeinderat zeigt der Vergleich des Kandidatinnenanteils (32,4%) mit dem Anteil gewählter Frauen (30%), dass Frauen auf den Listen untervertreten waren und zudem kleinere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Kollegen. Für die Frauen betrug die Wahlquote 93, für die Männer 103.

Stadt Freiburg: Gemeinderat 1981 - 2016



Stadt Freiburg: Generalrat 1981 - 2016



<sup>36</sup> [www.ville-fribourg.ch](http://www.ville-fribourg.ch), besucht am 14. Mai 2018.



© Stadt Freiburg / V.B.

### Offizielles Foto des Gemeinderats der Stadt Freiburg

*Von links nach rechts:* Pierre-Olivier Nobs, Antoinette de Weck, Thierry Steiert, Stadttamman, Andrea Burgener Woeffray, Laurent Dietrich.



## Seebezirk mit Hauptort Murten

Im Seebezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 22,9%, in den Generalräten 34%.

Murten zählt rund 8'220 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>37</sup>, der **Gemeinderat** besteht aus sieben Mitgliedern. Im Jahr 2015 liessen sich 25 Personen für die Gemeinderatswahlen aufstellen, elf Frauen und 14 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 44% und einem Kandidatenanteil von 56%.

Von den Gewählten waren 42,9% Frauen und 57,1% Männer, was gegenüber 2011 einer Steigerung um 14,3 Punkte entspricht.

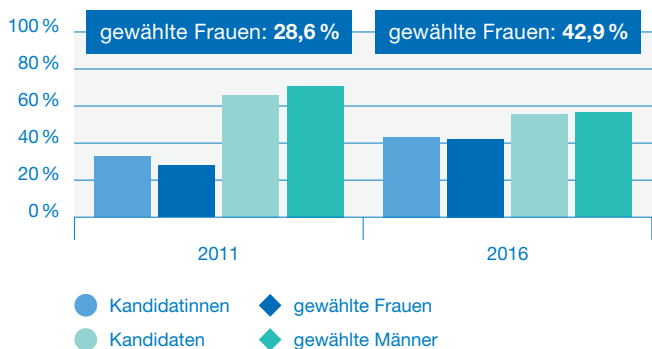
Beim Vergleich des Kandidatinnenanteils (44%) mit dem Anteil gewählter Frauen (42,9%) lässt sich feststellen, dass die Frauen auf den Listen nur leicht untervertreten waren und nur etwas kleinere Wahlchancen auswiesen als ihre männlichen Mitstreiter. Die Wahlquote betrug 97 für die Frauen und 102 für die Männer.

Der **Generalrat** zählt 50 Mitglieder. Im Jahr 2016 kandidierten 143 Personen für einen Sitz in der Gemeindelegislative, 46 Frauen und 97 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 32,2% und einem Kandidatenanteil von 67,8%.

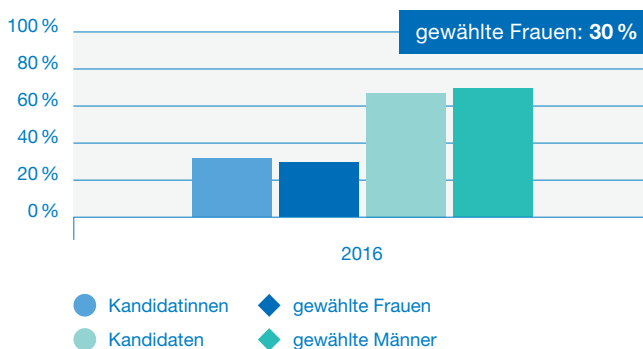
Von den Gewählten waren 30% Frauen und 70% Männer.

Betrachtet man die Wahlquote, führt der Vergleich des Kandidatinnenanteils (32,2%) mit dem Anteil gewählter Frauen (30%) wiederum zum Schluss, dass Frauen auf den Listen untervertreten waren und etwas geringere Wahlchancen hatten als ihre männlichen Kollegen. Die Wahlquote betrug 93 für die Frauen und 103 für die Männer.

Murten: Gemeinderat 2011 - 2016



Murten: Generalrat 2016



<sup>37</sup> [www.murten-morat.ch](http://www.murten-morat.ch), besucht am 14. Mai 2018.





© Gemeinde Murten

### Offizielles Foto des Gemeinderats von Murten

Von links nach rechts, 1. Reihe: Alexander Schroeter, Käthi Thalmann, Christian Brechbühl, Stadttammann.  
2. Reihe: Andreas Aebersold, Rudolf Herren, Ursula Schneider Schüttel, Petra Schlüchter.

## Sensebezirk mit Hauptort Tafers

Im Sensebezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 23,3 %, in den Generalräten 29,3 %.

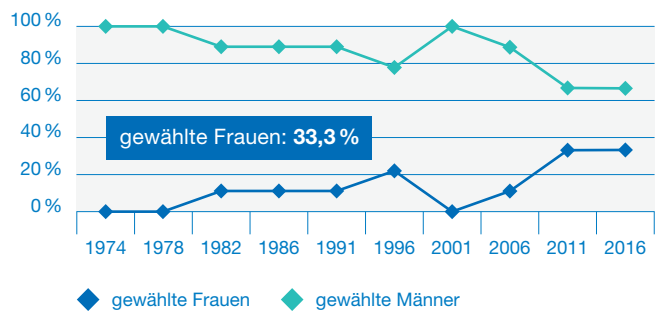
Tafers zählt rund 3330 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>38</sup>, der **Gemeinderat** besteht aus neun Mitgliedern. Im Jahr 2016 liessen sich 15 Personen für die Gemeinderatswahlen aufstellen, fünf Frauen und zehn Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 33,3 % und einem Kandidatenanteil von 66,7 %.

Von den Gewählten waren 33,3 % Frauen und 66,7 % Männer, also der gleiche Prozentsatz wie 2011.

Der Kandidatinnenanteil (33,3 %) entspricht dem Anteil gewählter Frauen (33,3 %). Dies lässt den Schluss zu, dass die Frauen auf den Listen des Sensebezirkshauptorts zwar untervertreten waren, jedoch gleiche Wahlchancen hatten wie ihre männlichen Mitstreiter. Die Wahlquote betrug demnach 100 für die Frauen sowie für die Männer.

In Tafers gibt es keinen Generalrat.

Tafers: Gemeinderat 1974 - 2016



<sup>38</sup> [www.tafers.ch](http://www.tafers.ch), besucht am 14. Mai 2018.



© Gemeinde Tafers

### Offizielles Foto des Gemeinderats von Tafers

*Von links nach rechts:* G. Waeber, M. Dubi, R. Melchior, K. Zbinden, M. Mauron, K. Bertschy, St. Dietrich, A. Baeriswyl, S. Waeber. Das Foto wurde nicht direkt nach den Wahlen, sondern im Frühjahr 2018 gemacht. Es gab bereits Wechsel im Gemeinderat seit den Wahlen.

## Vivisbachbezirk mit Hauptort Châtel-Saint-Denis

Im Vivisbachbezirk beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den Gemeinderäten 26,2%, in den Generalräten 31,6%.

Châtel-Saint-Denis zählt rund 6330 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>39</sup>, der **Gemeinderat** besteht aus neun Mitgliedern. Im Jahr 2016 liessen sich 20 Personen für die Gemeinderatswahlen aufstellen, acht Frauen und zwölf Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 40% und einem Kandidatenanteil von 60%. Somit hat der Kandidatinnenanteil im Vergleich zu 2011 (22,7%) um 17,3 Punkte zugenommen (+3 Frauen).

Von den Gewählten waren 22,2% Frauen und 77,8% Männer, also der gleiche Prozentsatz wie 2011. Der Frauenanteil im Gemeinderat von Châtel-Saint-Denis erreichte seinen Höchststand im Jahr 1996 mit der Wahl von vier Frauen (44,4%). 2001 wurden noch drei Frauen gewählt (33,3%), seither liegt die Anzahl Gemeinderätinnen bei zwei (22,2%).

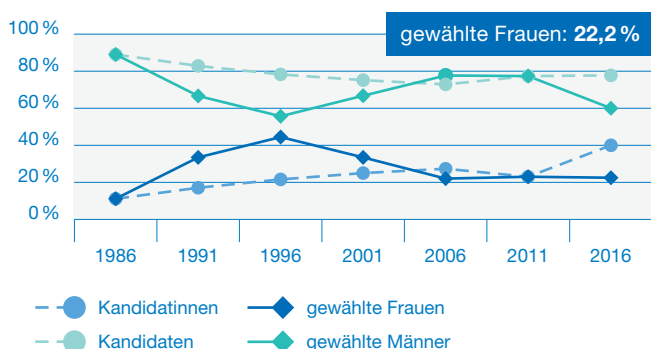
Mit 40% Kandidatinnenanteil und 22% gewählte Frauen verzeichnet Châtel-Saint-Denis eine schwache Frauenwahlquote. Dies bedeutet, dass weibliche Kandidaturen auf den Listen noch leicht untervertreten waren, aber deutlich geringere Wahlchancen hatten als männliche. Die Wahlquote betrug für die Frauen lediglich 56, für die Männer 130.

Der **Generalrat** zählt 50 Mitglieder. Im Jahr 2016 kandidierten 121 Personen für einen Sitz in der Gemeindelegislative, 35 Frauen und 86 Männer. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 28,9% und einem Kandidatenanteil von 71,1%.

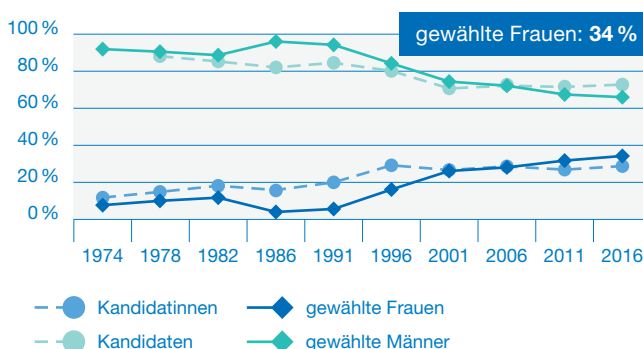
Von den Gewählten waren 34% Frauen und 66% Männer, dies entspricht im Vergleich zu 2011 einem Anstieg der Frauenvertretung um zwei Punkte (+1 Frau).

Der Frauenanteil der Listen liegt bei 28,9%, der Anteil gewählter Frauen bei 30%. Die Frauen waren auf den Listen des Generalrats zwar noch untervertreten, hatten aber leicht bessere Wahlchancen als kandidierende Männer. Die Wahlquote der Frauen betrug 118, diejenige ihrer männlichen Kollegen auf den Listen 93.

Châtel-Saint-Denis: Gemeinderat 1986 - 2016



Châtel-Saint-Denis: Generalrat 1974 - 2016



<sup>39</sup> [www.chatel-st-denis.ch](http://www.chatel-st-denis.ch), besucht am 14. Mai 2018.





© Gemeinde Châtel-Saint-Denis

### Offizielles Foto des Gemeinderats von Châtel-Saint-Denis

Von links nach rechts, 1. Reihe: Della Marianna Gabriele, Wittenwiler Anne-Lise, Ducrot Charles und Genoud Christine.  
2. Reihe: Bavaud Thierry, Allaman Jérôme, Grumser Steve, Maillard Daniel und Colliard Damien.

## Kantonale Ebene

*Bei den kantonalen Wahlen von 2016 wurden 30% Frauen (33 Frauen) in den Grossen Rat gewählt, im Vergleich zu den Wahlen 2011 (20,9% gewählte Frauen) eine Zunahme um 9,1 Punkte (zehn Frauen). Der Kandidatinnenanteil auf den Parteilisten lag quasi unverändert bei 32,5% (+0,3 Punkte). Die Wahlchancen der Frauen erwiesen sich zwar als leicht geringer als diejenigen ihrer männlichen Mitstreiter, haben sich aber seit den Wahlen 2011 deutlich verbessert.*

2016 wurden beide bisherigen Staatsrätinnen im zweiten Wahlgang für den **Staatsrat** bestätigt. Dies entsprach einer Frauenvertretung von 28,6%, im Vergleich zu 2011 eine Abnahme um 14,3 Punkte (eine Frau). Tatsächlich ist der Frauenanteil bereits während der Legislatur gesunken, als Staatsrätin Isabelle Chassot (CVP) zurück trat und von Jean-Pierre Siggen (CVP) ersetzt wurde.

Insgesamt waren sechs der 14 Kandidierenden weiblich, sprich 42,9% der Kandidaturen. Dies ist im Vergleich zu den vorgängigen Wahlen eine bemerkenswerte Zunahme der weiblichen Kandidaturen um 17 Punkte. Die Kandidaturen stammten jedoch ausschliesslich von linken Parteien und

kleineren politischen Gruppierungen. Die bürgerlichen Parteien (CVP, FDP, SVP), die auf einen Gewinn von insgesamt vier bis fünf Mandaten hoffen konnten, hatten für die Wahl in den Staatsrat keine Kandidatin aufgestellt. Daher erwies sich eine Verbesserung des Frauenanteils als unwahrscheinlich.

Da Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) per 30. April 2018 zurücktrat, fand im März 2018 eine Ersatzwahl für den Staatsrat statt. Gewählt wurde Didier Castella (FDP). Daher sitzt momentan nur noch eine Frau im Staatsrat, was einem Frauenanteil von 14,3 % entspricht.

© Roneesha Irani



Lisa Mazzone und Isabelle Chassot (während der Konferenz des GFB zum Thema «Machspiele» in der Politik).

### Kampagne «Wahlen und Gleichstellung»: Frauen und Machtspiele in der Politik

Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) hat Anfang Oktober 2016 eine Konferenz zum Thema «Machtspiele» in der Politik organisiert, die im Grossratssaal des Rathauses in Freiburg stattgefunden hat.

Staatsrätin Anne-Claude Demierre eröffnete die Konferenz und erinnerte daran, dass die Frauen in der Mehrheit sind, z. B. bei der Organisation des Familienlebens, in der Pflege von Angehörigen oder als Alleinerziehende, dass sie «auf der politischen Bühne jedoch weiterhin hoffnungslos in der Minderheit sind».

Dr. Fabienne Amlinger analysierte die Situation der Frauen in der eidgenössischen Politik anhand eines historischen Rückblicks. Anschliessend zeigte Coach und Managerin Sybil Schädeli die Spielregeln und Codes auf, mit denen engagierte Frauen im gläsernen Labyrinth konfrontiert sind.

Im Anschluss bereicherten hochkarätige Politikerinnen Freiburg mit ihrer Anwesenheit und ihren Erfahrungen.

An einem Runden Tisch wurden die besten Tricks und die grössten Hindernisse für Frauen in der Politik konkret diskutiert. Isabelle Chassot, Direktorin des

Bundesamts für Kultur, Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP Frauen Schweiz und Lobbyistin, Lisa Mazzone, Nationalrätin aus dem Kanton Genf und Vizepräsidentin Grüne Schweiz, sowie Alice Glauser, Nationalrätin aus dem Kanton Waadt und Präsidentin der SVP Frauen Westschweiz, haben klar vermittelt, was passiert, «wenn das Spiel beginnt». Diese Frauen mit grossem Erfahrungsschatz haben aufgezeigt, wie sie kompetent und entschlossen auf die Herausforderungen ihrer jeweiligen Engagements reagieren.

Die darauf folgende Carte blanche von Géraldine Savary, SP-Ständerätin Kanton Waadt, gab einen breiten und gleichzeitig detaillierten Überblick über die Herausforderungen des politischen Felds, betrachtet unter dem Blickwinkel der Gleichstellung von Frau und Mann.

Nach einem Netzwerkapero fand ein Workshop statt für Frauen, die berufliche und politische Ambitionen haben und einige Glaswände des gläsernen Labyrinths durchbrechen wollen.

Die Veranstaltung fand anlässlich der kantonalen Wahlen 2016 statt und war für das GFB die Gelegenheit, daran zu erinnern, dass die Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik eine Frage der Demokratie ist.





Nationalrätin Lisa Mazzone erzählt von "Machtspielen" in der Politik.

© Roneesha Irani



Runder Tisch während der Konferenz "Machtspiele in der Politik" im Rathaus. Von links nach rechts: Lisa Mazzone, Isabelle Chassot, Geneviève Beaud Spang, Alice Glauser et Claudine Esseiva.

© Roneesha Irani



## Staatsrat

Der Staatsrat des Kantons Freiburg, die kantonale Exekutive, besteht aus sieben Mitgliedern. 2016 wurden beide bisherigen Staatsrätinnen im zweiten Wahlgang für den Staatsrat bestätigt. Dies entspricht einer Frauenvertretung von 28,6 %, im Vergleich zu 2011 eine Abnahme um 14,3 Punkte (eine Frau). Tatsächlich ist der Frauenanteil bereits während der Legislatur gesunken, als Staatsrätin Isabelle Chassot (CVP) ihren Sitz 2013 an Jean-Pierre Siggen (CVP) abgetreten hatte. Da Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) per 30. April 2018 zurücktrat, fand im März 2018 erneut eine Ersatzwahl für den Staatsrat statt. Gewählt wurde Didier Castella (FDP). Daher sitzt momentan nur noch eine Frau im Staatsrat, was einem Frauenanteil von 14,3 % entspricht.

Im Jahr 1986 bewarb sich mit Roselyne Crausaz (CVP) zum ersten Mal eine Frau für ein Amt im Staatsrat, was dazumal einem Kandidatinnenanteil von 9,1 % entsprach. In der Folge stieg der Kandidatinnenanteil langsam an. 2006 waren 33 % der Kandidierenden Frauen, bei den Wahlen 2011 erlitt der Anteil weiblicher Kandidaturen zum ersten Mal einen Rückschlag. Im Jahr 2016 hatte sich der Anteil erholt und seinen Höchstwert von 42,9 % (17,9 Punkte mehr als 2011) erreicht. Insgesamt kämpften 14 Kandidatinnen und Kandidaten um einen der sieben Staatsratsitze.

Roselyne Crausaz (CVP) war 1986 die erste Frau, die in den Staatsrat gewählt wurde. Dies entsprach in dieser Instanz einem Frauenanteil von 14,3 %. Seither wurde in den zwei nachfolgenden Wahlen immer jeweils eine Frau in den Staatsrat gewählt. Später hat sich die Anzahl Frauen verdoppelt: 2001 und 2006 wurden jeweils zwei Frauen gewählt, also 28,6 %.

Nach den Wahlen 2011 registrierten zum ersten Mal drei Frauen im Staatsrat: die beiden Ehemaligen Isabelle Chassot (CVP) und Anne-Claude Demierre (SP) sowie die neu Gewählte Marie Garnier (Grüne). Mit 42,9 % war dies die stärkste Frauenvertretung im Staatsrat des Kantons Freiburg.

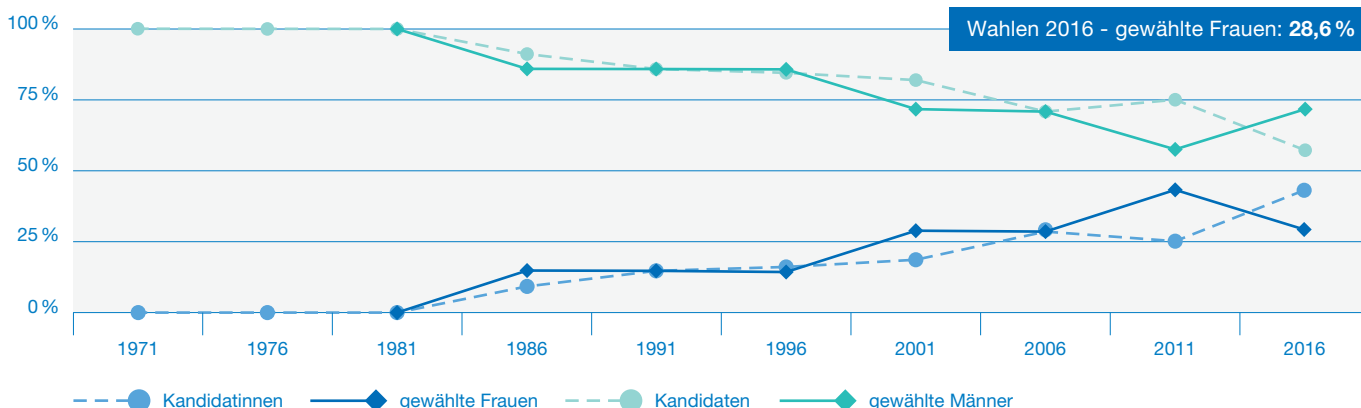
Seit Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts wurden demnach fünf Frauen in den Staatsrat gewählt: Roselyne Crausaz (CVP, 1986), Ruth Lüthi (SP, 1991, 1996, 2001), Isabelle Chassot (CVP, 2001, 2006, 2011), Anne-Claude Demierre (SP, 2006, 2011, 2016) und Marie Garnier (Grüne, 2011, 2016).

Im Laufe der Legislatur 2013 gab Staatsrätin Isabelle Chassot ihr Amt ab. Die CVP und die SP stritten sich an der Ersatzwahl um den Sitz; jede Partei stellte ihrerseits einen männlichen Kandidaten auf, und zwar Jean-Pierre Siggen (CVP) sowie Jean-François Steiert (SP). Durch den Entscheid dieser beiden Parteien war klar, dass im Staatsrat nur noch zwei Frauen vertreten sein würden.

Eine neue Gelegenheit für eine weibliche Kandidatur mit realen Gewinnchancen bot sich bei den regulären Wahlen von 2016. Beat Vonlanthen (CVP), bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2015 in den Ständerat gewählt, kandidierte nicht mehr für die Staatsratswahlen. Dennoch, und obwohl die CVP drei zu verteidigende Staatsratsitze und nur zwei Ehemalige hatte, gab es keine weibliche Kandidatur. Die zwei anderen Parteien des «bürgerlichen Bündnisses» (gemeinsame Liste der CVP, FDP und SVP) taten dasselbe. Damit stellte das «bürgerliche Bündnis», das auf den Gewinn von vier bis fünf Mandaten hoffen konnte, keine Kandidatin für die Staatsratswahlen auf. Diese Ausgangslage verunmöglichte eine gleichmässige Vertretung von Frauen und Männern im Staatsrat.

Die aussergewöhnliche Periode, in welcher drei Frauen gleichzeitig im Staatsrat des Kantons Freiburg politisierten, dauerte demzufolge lediglich zwei Jahre.

Staatsrat: Kandidatinnen und Kandidaten sowie gewählte Frauen und Männer für den Kanton Freiburg 1971 - 2016 (Quelle: Staatskanzlei)



## Wo sind die Frauen?

Obwohl zwei Kandidatinnen Bisherige waren, klassierten sich die Männer am Ende des ersten Wahlgangs der Staatsratswahl vom 6. November 2016 an der Spitze und die Frauen am Schluss, mit Ausnahme des Kandidaten der Künstlerpartei (KP). Mehrere Männer erzielten bessere Wahlergebnisse als die bisherigen Kandidatinnen.

Schlussendlich wurden die beiden Bisherigen Anne-Claude Demierre (SP) und Marie Garnier (Grüne) im zweiten Wahlgang wiedergewählt.



halbe-halbe Mehr Frauen in die Politik  
moitié-moitié Plus de femmes en politique  
metà-metà Più donne in politica

### Ausblick auf die nationalen Wahlen 2019

Am 8. März 2018, dem Internationalen Tag der Frau, lanciert die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF den Videospot « halbe-halbe ». Sie will damit mehr Frauen für politische Ämter motivieren - und die Parteien auffordern, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Link zum Video: [www.ekf.admin.ch/rubrique/Themen/Bürgerliche\\_und\\_politische\\_Rechte/Politische\\_Rechte](http://www.ekf.admin.ch/rubrique/Themen/Bürgerliche_und_politische_Rechte/Politische_Rechte)



© Roneesha Irani



**Klassierung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Staatsrat des Kantons Freiburg, 1. Wahlgang (2016)**

Name	Vorname	m/w	Jahr	Wohnort	Partei	Bisherige	Stimmen
Siggen	Jean-Pierre	m	1962	Freiburg	FDP, CVP, SVP	ja	42 361
Ropraz	Maurice	m	1965	Sorens	FDP, CVP, SVP	ja	42 076
Godel	Georges	m	1952	Ecublens	FDP, CVP, SVP	ja	41 881
Curty	Olivier	m	1972	Murten	FDP, CVP, SVP	nein	40 190

**Stimmen haben erhalten:**

Name	Vorname	m/w	Jahr	Wohnort	Partei	Bisherige	Stimmen
Wütrich	Peter	m	1962	Domdidier	FDP, CVP, SVP	nein	35 801
Steiert	Jean-Francois	m	1961	Freiburg	CSP, CVP, Grüne	nein	34 222
Peiry	Stéphane	m	1970	Freiburg	FDP, CVP, SVP	nein	33 847
Garnier	Marie	w	1962	Villars-sur-Glâne	CSP, SP, Grüne	ja	30 683
Demierre	Anne-Claude	w	1961	La Tour-de-Trême	CSP, SP, Grüne	ja	29 534
Schneider Schüttel	Ursula	w	1961	Murten	CSP, SP, Grüne	nein	27 659
Mäder-Brühlhart	Bernadette	w	1958	Schmitten	CSP, SP, Grüne	nein	25 548
Bernhard	Irene	w	1978	Villars-sur-Glâne	Grünliberale	nein	6 419
Rugo	Claudio	m	1966	Freiburg	Künstlerpartei	nein	2 941
Goodwin Chescoe	Jessica	w	1976	Freiburg	Künstlerpartei	nein	2 478

Staatsratswahl vom 6. November 2016: Ergebnisse 1. Wahlgang (Quelle: Staatskanzlei).



Foto: Keren Bisaz Mirages Photo © Staat Freiburg

**Offizielles Portrait des Freiburger Staatsrats (2017)**

Von links nach rechts: Danielle Gagnaux-Morel (Kanzlerin), Jean-François Steiert, Marie Garnier, Georges Godel, Maurice Ropraz, Anne-Claude Demierre, Jean-Pierre Siggen, Olivier Curty.

### Ersatzwahl 2018

Aufgrund des Rücktritts von Staatsrätin Marie Garnier per 30. April 2018 fand eine Ersatzwahl statt (1. Wahlgang 4. März 2018, 2. Wahlgang 25. März 2018). Drei Frauen und vier Männer kandidierten: Die Grünen, die SP und die Bürgerenergie stellten jeweils eine Kandidatin, die FDP, SVP, BDP

und die Künstlerpartei wurden durch je einen Mann vertreten. Schliesslich wurden nach zwei Wahlgängen Didier Castella (FDP) in den Staatsrat gewählt. Somit sitzt derzeit eine einzige Frau im Staatsrat, was einer Frauenvertretung von 14,3% entspricht.

### Der Kanton Freiburg ist keine Ausnahme mehr

Es gilt zu bemerken, dass von den 26 Kantonen lediglich zwei mehrheitlich Frauen in der Kantonsregierung ausweisen: der Kanton Thurgau (drei Frauen von fünf Mitgliedern) und der Kanton Waadt (vier Frauen von fünf Mitgliedern). Am anderen Ende der Rangliste stehen die Kantone Luzern, Appenzell Ausserrhoden und Tessin, wo 2018 keine Frau in der Kantonsregierung vertreten war.

Insgesamt sitzen 38 Frauen und 116 Männer in den kantonalen Exekutiven, dies entspricht einer Frauenvertretung von 24%. Über die Hälfte der Frauen stammt aus der SP (13) und der FDP (8). Die CVP stellt 6 Staatsrätinnen, die SVP 5, die Grünen 4 und die BDP eine.

Frauenvertretung in den kantonalen Exekutiven schweizweit (Oktober 2018)

Quelle: Bundesamt für Statistik



Durchschnitt Oktober 2018: 24%



## Grosser Rat

Der Grosse Rat entspricht im Kanton Freiburg der kantonalen Legislative. Die Mandate werden nach Bevölkerungsstärke auf die acht Bezirke des Kantons verteilt. Bis 2001 zählte der Grosse Rat gesamthaft 130 Sitze, seit 2006 werden 110 Abgeordnete gewählt.

Im Jahr 2016 waren 200 Frauen und 416 Männer auf den Listen für die Grossratsitze vertreten. Dies entspricht einem Kandidatinnenanteil von 32,5 %, also der gleiche Anteil wie 2011.

Der Anteil der in den Grossen Rat gewählten Frauen hat im Vergleich zu 2011 markant zugenommen (9,1 Punkte): 30 % der Gewählten sind weiblich, ein Rekordwert für den Kanton Freiburg. Damit hat der seit 2006 beobachtete Negativtrend gedreht; zwischen 2001 und 2011 war der Anteil gewählter Frauen sukzessive um 4,5 Punkte gesunken.

Im Jahr 2016 hatten die Frauen trotz eines deutlichen Fortschritts leicht geringere Wahlchancen als ihre männlichen Mitstreiter; ihre Wahlquote lag 2016 bei 92 (2011: 65). Zur Erinnerung: Eine Wahlquote von 100 bedeutet, dass der Kandidatinnenanteil auf der Liste dem Anteil gewählter Frauen entspricht. Demzufolge haben sich die Chancen für eine Wahl in den Grossen Rat für die Frauen seit 2011 merklich verbessert.

Wie ist dieser Anstieg um 9,1 Punkte der gewählten Grossrätinnen in Freiburg zu erklären? Warum haben sich die Wahlchancen von Frauen auf den Listen seit 2011 so deutlich verbessert? Bevor wir Antworten auf diese Fragen suchen, müssen die Ergebnisse nach Bezirk und Partei betrachtet werden; sie liefern ein differenzierteres Bild dieses Fortschritts.

### Ergebnisse nach politischen Parteien

Die Tabelle der nächsten Seite zeigt, dass sich der Anteil der Kandidatinnen und der gewählten Frauen je nach Partei deutlich unterscheidet.

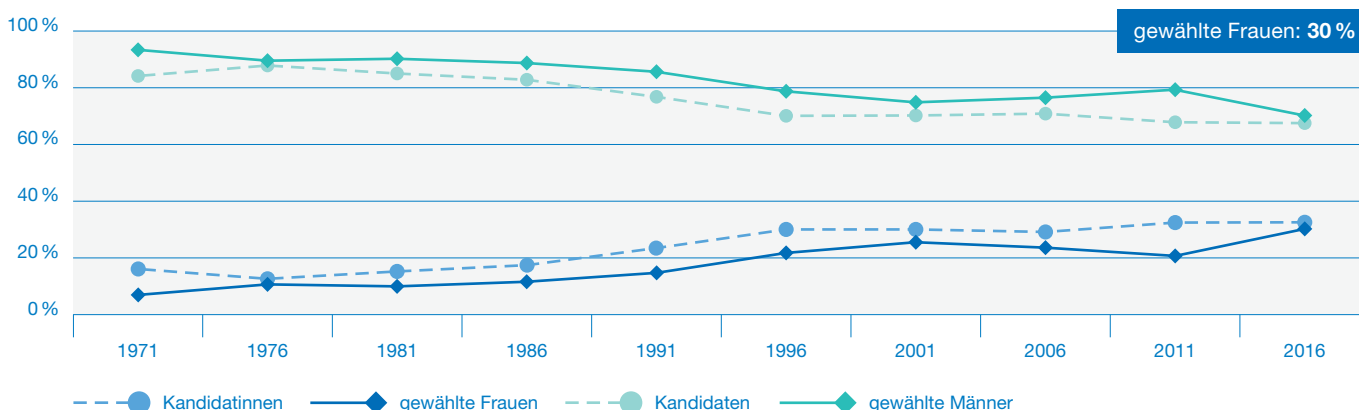
Die SP und die Grünen erreichen mit 50 % Frauenanteil bei den Gewählten ein tatsächliches Gleichgewicht. Die FDP-Frauen verzeichnen eine Rekordquote von 38,1 % der Gewählten, wohingegen die CSP (25 %) und die CVP (22,22 %) unter dem kantonalen Durchschnitt von 30 % weiblicher Gewählten liegen. Die Wahlquote der SVP-Frauen blieb unverändert bei 4,76 %, sprich einer einzigen Frau von 21 Gewählten.

Analysiert man die Entwicklungen seit 2011 nach politischen Parteien, sind beim Frauenanteil unter den Kandidierenden auf den unterschiedlichen Parteilisten keine grossen Veränderungen zu beobachten: Der Kandidatinnenanteil hat insgesamt um 0,3 Punkte. Dass sich der Anteil der Kandidatinnen kaum verändert hat, stimmt insbesondere für die vier grossen Kantonsparteien CVP, SP, FDP und SVP. Im Folgenden konzentriert sich die Analyse auf diese vier grossen Parteien, die 2016 zusammen 88 % der Abgeordneten im Grossen Rat stellten.

Obwohl der Kandidatinnenanteil unverändert blieb, hat der Anteil gewählter Frauen markant zugenommen. Dies zeigt sich deutlich auf den Listen der FDP (+14,57 Punkte) und der SP (+12,07 Punkte), etwas weniger ausgeprägt, jedoch immer noch erwähnenswert, auf den CVP-Listen (+6,8 Punkte). Auf den SVP-Listen ist dieser Effekt nicht erkennbar.

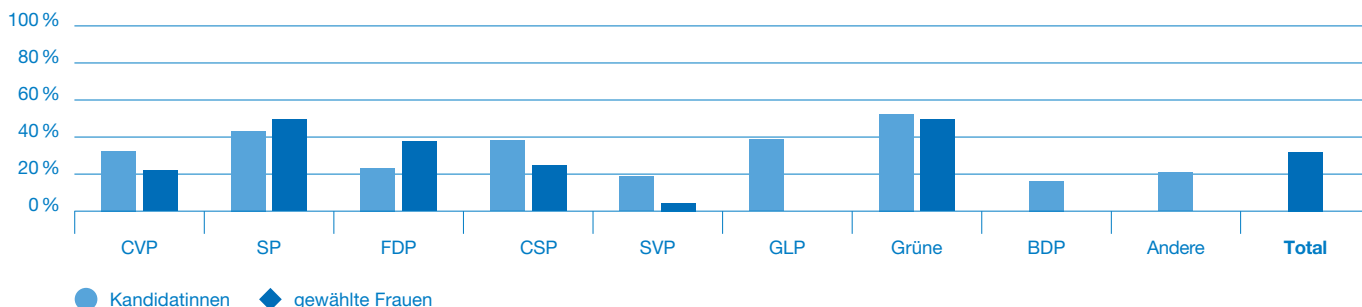
Grosser Rat: Kandidatinnen und Kandidaten und gewählte Frauen und Männer 1971-2016

(Quelle: Staatskanzlei)



Grosser Rat: Gewählte Frauen und Männer nach politischen Parteien 2016

(Quelle: Staatskanzlei)



Die Wahlchancen der Frauen auf den SVP-Listen sind sehr gering, dies widerspiegelt sich auch in der Wahlquote von 12 (+1 im Vergleich zu 2011).<sup>40</sup> Auch die CVP-Frauen haben weniger Wahlchancen als die Männer der gleichen Wahllisten; ihre Wahlquote liegt bei 67 (+16). Hingegen sind die Wahlchancen in der SP und FDP für Frauen besser als für Männer, was 2011 noch nicht der Fall war. Warum ist dieser Effekt in der FDP derart ausgeprägt?

Der Kandidatinnenanteil der FDP-Wahllisten hat sich so gut wie nicht verändert (-0,89 Punkte). Auch bei der Reihenfolge der Kandidaturen auf den FDP-Listen in den verschiedenen Bezirken ist keine spezifische Massnahme zur Sichtbarkeit der Frauen erkennbar, wie beispielsweise Frauen auf den vorderen Listenplätzen aufzuführen. Mit Ausnahme der Bisherigen belegten Frauen selten einen der ersten fünf Listenplätze. Demzufolge waren es die Wählerinnen und Wähler, welche die Listenordnung aktiv zugunsten der Frauen verändert haben.

Veränderungen gegenüber den Wahlen 2011

Politische Partei	Kandidatinnen	Gewählte Frauen	Wahlquote 2016	Veränderung
CVP	+0.29 %	+6.9 %	67	+16
SP	-1.81 %	+12.07 %	115	+32
FDP	-0.89 %	+14.57 %	161	+65
SVP	+0.91 %	+0 %	12	+1
CSP	-4.08 %	+25 %	131	+131
GLP	+16.35 %	+0 %	0	+0
Grüne	+0.91 %	-16.67 %	94	-43
BDP	+4.22 %	+0 %	0	+0
<b>Total</b>	<b>+0.3 %</b>	<b>+10.9 %</b>	<b>92</b>	<b>+27</b>

<sup>40</sup> Eine Wahlquote von 100 bedeutet, dass Männer und Frauen die gleichen Wahlchancen haben. Dies heisst aber nicht, dass viele Frauen gewählt wurden. In diesem Fall entspricht der Anteil Listenkandidatinnen dem Anteil gewählter Frauen.

## Veränderungen gegenüber den Wahlen 2011

Warum haben die Wählerinnen und Wähler den Frauen der CVP-, SP- und FDP-Listen 2016 mehr Stimmen gegeben als 2011, und warum so deutlich? Mit den verfügbaren Daten kann dieses Phänomen nicht vollständig erklärt werden. Die Tabelle auf Seite 42 zeigt jedoch, dass es vor allem die FDP- und SP-Wählenden sind, welche die Frauen auf den Listen unterstützt haben. haben die CVP-Wählerinnen und -Wähler häufiger Frauen gewählt als noch bei den Wahlen 2011.

Eine Hypothese wäre, dass die öffentliche und mediale Debatte rund um die Liste für die Staatsratswahlen des «bürgerlichen Bündnisses», die keinerlei weibliche Kandidatur enthielt, die Wählerinnen und Wähler sensibilisiert hat. Die reine Männerliste und die öffentliche Debatte zur Situation der Gleichstellung in der Politik scheinen die Wählenden erreicht und sie dazu bewegt zu haben, mehr Frauen ins Kantonsparlament zu wählen.

## Ergebnisse nach Bezirk

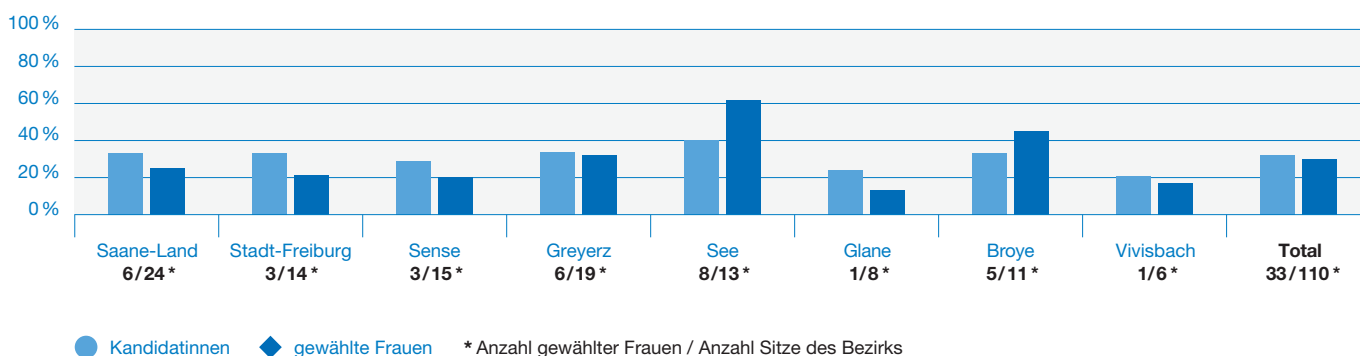
Nach Vergleich der Ergebnisse aller Wahlkreise lässt sich feststellen, dass der Anteil gewählter Frauen im Seebezirk am grössten war, und zwar mit einem Anteil von 61,54 % (2011: 30,7 %), gefolgt vom Broyebezirk mit 45,45 % und vom Greyerzbezirk mit 31,58 %. Alle anderen Bezirke liegen unter dem kantonalen Durchschnitt. Schlusslichter bilden – wie bereits 2011 – die Bezirke Vivisbach (16,67 %) und Glane (12,5 %).

Insgesamt wurden in diesem Bezirk acht Frauen und fünf Männer gewählt. Von den acht Frauen waren fünf Bisherige und drei Neugewählte, zwei bisherige Frauen wurden nicht wiedergewählt. Bei den Männern waren vier der fünf Bisherige, ein Mann wurde neu gewählt.

Bei der Detailanalyse der beiden Extreme wird deutlich, dass die CVP (zwei gewählte Frauen) und die SP (drei gewählte Frauen) im erstplatzierten Seebezirk nur Frauen in den Grossen Rat schicken. Auch die FDP weist eine grösstenteils weibliche Vertretung aus (zwei Gewählte, ein Gewählter). Auch die einzige in den Grossen Rat gewählte SVP-Frau stammt aus diesem Bezirk. Der erste Platz bei der Frauenvertretung nach Bezirken steht also im Zusammenhang mit den guten bis sehr guten Wahlergebnissen der Frauen verschiedener politischer Gruppierungen.

Für die Schlusslichter Glane (24,24 %) und Vivisbach (20,83 %) lag der Kandidatinnenanteil deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt. In beiden Bezirken wurde lediglich eine Frau gewählt, jeweils eine bisherige Grossrätin. Da die Ersatzleute auf allen Listen beider Bezirke Männer sind, bleiben die Chancen für eine bessere Frauenvertretung im Laufe der Legislaturperiode gering. Die Entwicklung im Seebezirk zeigt aber, wie sehr die Frauenvertretung von den Ergebnissen vorgängiger Wahlen beeinflusst wird.

## Grosser Rat: Gewählte Frauen und Männer nach Bezirken 2016





© Stéphane Schmutz/STEMUTZ.COM

Offizielles Portrait der gewählten Grossrätinnen und Grossräte sowie der Staatsrätinnen und der Staatsräte nach den kantonalen Wahlen 2016.

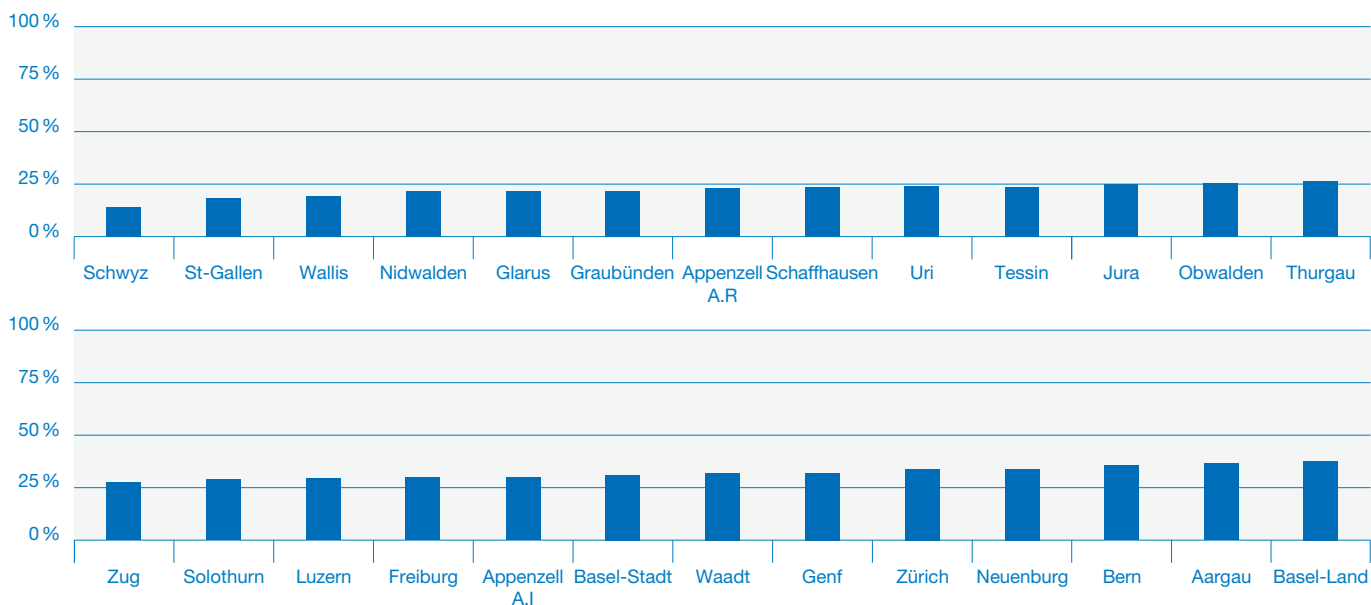
### Der Vergleich mit anderen Schweizer Kantonen

Dank des aussergewöhnlichen Anstiegs während den kantonalen Wahlen 2016 befindet sich der Kanton Freiburg in der Rangliste der Frauenvertretung in den Schweizer Kantonsparlamenten auf dem 9. Rang. Diesen Platz teilt er sich mit

Solothurn, Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Luzern, und platziert sich hinter Basel-Landschaft, Aargau, Zürich, Neuenburg, Waadt, Bern, Basel-Stadt und Appenzell Innerrhoden.

### Frauenvertretung in den Schweizer Kantonsparlamenten (Oktober 2018)

Quelle: Bundesamt für Statistik



Durchschnitt Oktober 2018: 27,9%



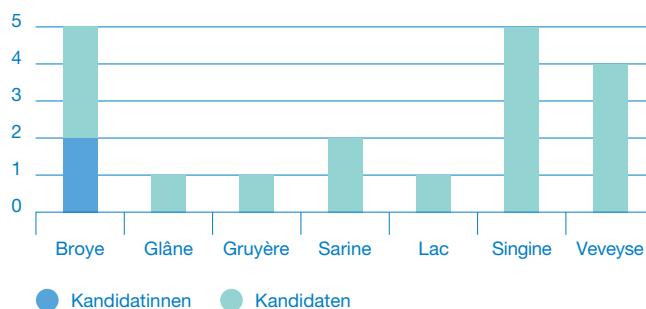
## Oberämter

Der Kanton Freiburg zählt sieben Oberämter, die ihren Sitz in den Hauptorten des jeweiligen Bezirks haben. Die Oberamtspersonen werden von der Stimmbevölkerung des Bezirks nach dem Majorzsystem gewählt.

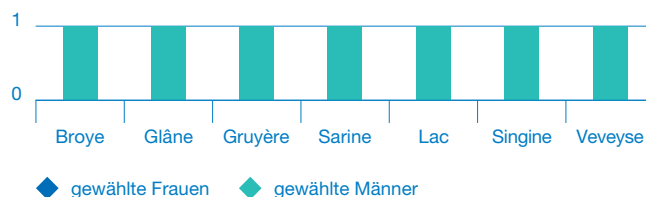
Für die insgesamt sieben Oberämter des Kantons Freiburg bewarben sich zwei Frauen als Oberamtspersonen des Broyebezirks, in allen anderen Bezirken gab es keine Kandidatinnen. Eine der beiden Kandidatinnen erzielte im ersten Wahlgang das beste Ergebnis, wurde jedoch im zweiten Wahlgang nicht gewählt. Damit wurde bis heute keine Frau an die Spitze eines Oberamtes des Kantons Freiburg gewählt.

Dies widerspiegelt sich auch in der Amtsbezeichnung: Gemäss den französischen Sprachempfehlungen der Staatskanzlei Freiburg existiert lediglich die männliche Bezeichnung «préfet» («Oberamtman»). Eine «préfète» («Oberamtfrau») ist die Bezeichnung der Ehefrau eines Oberamtmanns oder der Verantwortlichen in einer schulischen Einrichtung.<sup>41</sup>

Oberämter: Kandidatinnen und Kandidaten nach Bezirken 2016



Oberämter: Gewählte Frauen und Männer nach Bezirken 2016



© Vincent Murith

### Die sieben Oberamtsmänner des Kantons Freiburg:

Carl-Alex Ridoré (Saanebezirk), Manfred Raemy (Sensebezirk), Patrice Borcard (Greyerzbezirk), Daniel Lehmann (Seebezirk), Willy Schorderet (Glanebezirk), Nicolas Kilchoer (Broyebezirk), François Genoud (Vivisbachbezirk).

<sup>41</sup> [www.fr.ch/bef/files/pdf20/liste\\_profession\\_titre\\_grade\\_fr.pdf](http://www.fr.ch/bef/files/pdf20/liste_profession_titre_grade_fr.pdf).

## Schlussfolgerung und Empfehlungen

*Evolution oder Stagnation? Der Titel stellt sofort die zentrale Frage dieser Publikation zur politischen Vertretung der Frauen im Kanton Freiburg. Die aktuellen Zahlen betreffend Gleichstellung zwischen Frauen und Männern auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene zeigen für die meisten Instanzen, dass die Antwort «Stagnation» ist. Doch es gibt auch Ausnahmen, insbesondere auf kantonaler Ebene, mit einer starken Zunahme der Frauenvertretung im Grossen Rat und einer starken Abnahme im Staatsrat. Diese beiden Ausnahmen können bei genauerer Betrachtung Anhaltspunkte liefern, um die Vertretung der Frauen in der Politik zu verbessern.*

Oft werden die Gründe für den Frauenmangel in der Politik bei den Frauen selbst gesucht. Dabei sind dafür in erster Linie die politischen Parteien verantwortlich. Damit die Grundsätze einer tatsächlichen Demokratie gewahrt werden und die Demokratie die gesellschaftliche Realität abbildet, müssen die Parteien Massnahmen ergreifen, um eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern auf den unterschiedlichen Politebenen zu erreichen.

### Parteien müssen ihre Strategien für die Förderung der Gleichstellung wählen - Beispiele:

- › Sich lange genug vor den Wahlen engagieren
- › Quoten für die Listen einführen
- › Frauensektionen einsetzen und finanzieren
- › Frauen für Parteiorgane, externe Kommissionen sowie Medienarbeit auswählen
- › Frauen für Machtspiele trainieren
- › Kompetenzen von Kandidatinnen sichtbar machen
- › Gute Beispiele zeigen
- › ...

### Weiblichen Nachwuchs fördern!

Das Bewusstsein für die Förderung des weiblichen Nachwuchses ist grundlegend. Konkret bedeutet eine bessere Vertretung von Frauen auf Gemeinde- und Kantonsebene auch die Chance, künftig weibliche Kandidaturen für die Kantonsregierung und die beiden eidgenössischen Räte zu finden. Der Grosse Rat hat grosses Rekrutierungspotenzial für Kandidierende; er ist besonders interessant, da die Frauenvertretung im Grossen Rat des Kantons Freiburg derzeit so gross ist wie noch nie.

Der Nachwuchs ist der Schlüssel. Er muss gepflegt werden. Die politischen Parteien müssen sich dem bewusst sein und sich überlegen, wie sie hier aktiver sein können.

Nachwuchsförderung bedeutet sicherlich, dass die Partei auf mehr engagierte Frauen zählen kann. Doch sollte sie nicht

«Kosmetik» sein. Die Nachwuchsförderung sollte auf dem konkreten Willen beruhen, die Vertretung der Frauen tatsächlich zu verbessern.

Häufig schiebt man Frauen die Tatsache, «dass sie sich nicht engagieren», selbst zu. Demnach seien sie selbst verantwortlich für die Untervertretung in der Politik. Doch es wäre wichtig, die Situation kritischer zu betrachten. So taucht die Frauenfrage zu spät im Wahlprozess auf und beschränkt sich oft auf die Kandidierendensuche. Die politischen Parteien müssen sich im Vorfeld engagieren. Die Pflege des weiblichen Nachwuchses ist eine ständige Arbeit, die auf allen Ebenen geleistet werden muss.

Frauen stehen bis heute vor anderen Hindernissen als Männer: Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Verpflichtungen sowie politischem Engagement, da noch immer Frauen den Grossteil der unbezahlten Arbeit leisten; häufig kleinere berufliche und gesellschaftliche Netzwerke haben, zurückzuführen auf die ungleiche Aufgabenverteilung; ungleiche soziale Machtverhältnisse als Folge von einer oft stereotypen Sozialisierung.

Die politischen Parteien müssen vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen proaktiv agieren. Frauen müssen Schlüsselfunktionen innerhalb von Parteien oder wichtigen Kommissionen anvertraut werden, in denen die Parteien vertreten sind. Sie müssen auch in den Medien zu Wort kommen.

Zudem sollen Neugewählte unterstützt werden. Ihnen muss die Gelegenheit gegeben werden, ihre Kompetenzen zu entwickeln und ihre Talente zu zeigen.

Da Männer von Netzwerken (Militär, Sport u. Ä.) aktiver zu profitieren scheinen als die meisten Frauen, sollte dieses Phänomen auf struktureller Ebene ausgeglichen werden. Die Parteien sollten Frauensektionen schaffen, ihnen Ressourcen und Unterstützung zusichern und Stellen in den leitenden Organen der Parteien garantieren. Damit sollen die Interessen von Frauen inner- und ausserhalb der Partei vertreten werden. So können sich die Frauen organisieren und gegenseitig unterstützen. Für die Partei hingegen ist es eine Möglichkeit, die Organisationskultur weiter zu entwickeln und die Gleichstellung von Frauen und Männern besser in der Realität zu verankern.

## Vorsicht Kampagne!

Die Kandidatinnenzahl alleine reicht nicht aus. Es braucht Kandidatinnen auf den Listen, die Wahlchancen haben. Das passiert nicht spontan.

Eine gute Kampagne ist geplant. Es ist wichtig, Kandidatinnen früh genug zu finden, damit sich diese ausreichend vorbereiten können. Wenn sie Politikanfängerinnen sind, sollte die Partei ihnen ein Coaching für den Aufbau ihrer persönlichen Kampagne vorschlagen. Ausserdem sollten sie von den Parteien in die allgemeinen Vorbereitungen der Kampagne einbezogen werden.

Ist die Gleichstellung nicht erreicht und die Parteien wollen kein Quotensystem umsetzen, sollten sie einen Teil des Budgets systematisch für eine spezifische Frauenkampagne aufwenden.

Zudem müssen die Herausforderungen von Wahlen im Proportional- und Majorzsystem differenziert werden. Für Kampagnen im Majorzsystem ist es wichtig, dass bekannte Persönlichkeiten die Kandidatinnen nach aussen sichtbar unterstützen und deren Kompetenzen öffentlich sichtbar machen.

## «Wie werden Sie Familienleben und politisches Engagement vereinbaren?»

Es scheint schwierig, diese im Laufe der Jahrzehnte immer wiederkehrende Frage loszuwerden, denn noch immer wer-

### Ein Film macht das Engagement der Frauen sichtbar

Schweiz, 1971: Nora ist eine junge Mutter und Hausfrau in einem kleinen Dorf. Sie wird von allen geschätzt - bis sie anfängt, sich öffentlich für das Frauenstimmrecht zu engagieren, über welches die Männer im Februar 1971 abstimmen werden. Nora nimmt allen Mut zusammen und spricht an einer religiösen Feier, die das Dorf zusammenbringt: *“Ich will das Wort ergreifen (...) weil es eine Ungerechtigkeit ist, vor der wir nicht mehr die Augen verschliessen dürfen”*

und spricht über den Platz der Frauen in der Gesellschaft. Sie fordert Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichstellung.

Der Schweizer Film **Die Göttliche Ordnung** von Petra Volpe gewann verschiedene Preise: Den Schweizer Filmpreis, den Preis des Tribeca Film Festival von New York und den Preis der Solothurner Filmtage.

den Frauen zu ihrem Privatleben und vor allem zu ihrer Rolle als Mutter befragt.

Auch wenn manche Personen begriffen haben, dass diese Frage überflüssig ist, bleibt sie in den Köpfen der Wählerinnen und Wählern bestehen. Deshalb ist es wichtig, dass die Parteien positive Beispiele von Frauen sichtbar machen, die sich auf allen Ebenen der Politszene engagieren, namentlich auch gegenüber den Medien.

## Nehmen Sie Platz, Madame

Diese Einladung war ein Slogan während des Frauenstreiks im Jahr 1991. Er bleibt zutreffend: Frauen müssen Platz einnehmen, sich setzen, Einsitz nehmen. Dies verlangt Mut und Kampfgeist.

Wie die Analyse gezeigt hat, ist eine bessere Frauenvertretung in der Politik keinesfalls ein automatischer oder unabänderlicher Prozess. Es besteht das Risiko, dass sich diese Entwicklung genau dann wieder abschwächt, wenn sich die Frauenvertretung in der Politik spürbar verbessert. So geschehen beispielsweise, als 2010 vier Frauen im Bundesrat vertreten waren (2015 waren es nur noch zwei), oder als 2011 drei Frauen im Freiburger Staatsrat regierten (2013 waren es nur noch zwei, 2018 ist es nur noch eine). Quantensprünge müssen also vielmehr als Anreize für weitere und kontinuierliche Verbesserungen verstanden werden, immer im Hinterkopf, dass das Ziel noch nicht dauerhaft erreicht ist.

Eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in der Politik ist grundlegend für die Demokratie und die Repräsentativität der politischen Behörden. Dafür braucht es insbesondere den Einsatz der politischen Parteien.

Es ist wichtig, sich stets bewusst zu sein, dass Fortschritt - ob sozial oder politisch - niemals selbstverständlich ist. Wie im Kultfilm "Die göttliche Ordnung" klar gesagt wird, ist dafür Engagement und Solidarität notwendig.



© Zodiac Pictures

**Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann  
und für Familienfragen GFB**

Rue de la Poste 1, 1701 Freiburg

T +41 26 305 23 86, F +41 26 305 23 87

[www.fr.ch/gfb](http://www.fr.ch/gfb)

[www.facebook.com/BEF.Fribourg](https://www.facebook.com/BEF.Fribourg)

Dezember 2018